



leber einmal die Rolle eines Fabrikanten gespielt hat, alles im Vore. ...

Gera. Wie wir schon in voriger Nummer unter „Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung“ berichteten, nahmen die Textilarbeiter Gera ...

Die Weber und Weberinnen haben aus dem Anschlag in den Webereten von der Antwort, die Lohnbewegung betreffend, vom Verbande Sächsisch-Thüringischer Webereten Kenntnis genommen ...

Als berechtigt und verpflichtet zur Vertragsabschließung fordern wir neben den möglichst bald nur von Webern und Weberinnen zu wählenden Lohnkommissionen, die Zuziehung der Vertreter des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Die Versammelten erklären ferner ihre vollste Zustimmung zu den aufgestellten Forderungen auch in allen anderen Textilbranchen und verurteilen es auf das entschiedenste, daß weder der Deutsche Textilarbeiterverband noch die Führerinnen und die in den Färbereien und Appreturen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen seitens der Arbeitgeber oder deren Verein eine Antwort bekommen haben.

Den Vorschlägen, in den nächsten Tagen die Kommission zu wählen und die Adressen dem Vertreter der Fabrikanten, Rechtsanwalt Jehm in Leipzig, mitzuteilen, damit dieser seine Vorschläge machen kann, wurde ebenfalls einstimmig zugestimmt.

Leistung und seine Lebensbedürfnisse mit seiner Lohnliste zu vergleichen, und wir brauchen seinem nicht zu sagen, wie es ihm geht. Wir erwarten deshalb von jedem Kollegen, daß er sich selbst in den Dienst der Organisation stellt und tüchtig mithilft, sie auszubauen.

Kempten. Donnerstag den 18. Mai fand im Gasthaus „Zum goldenen Roß“ eine außerordentliche Generalversammlung statt, die ziemlich gut besucht war. Zunächst wurde die Abrechnung vom 1. Quartal gegeben. Der Vorsitzende Kollege Huber hielt dann einen Vortrag über „Arbeiter- und Unternehmerorganisation“, in dem er hauptsächlich den Anwesenden den Zweck der Organisation vor Augen führte und auf die Tatsache hinwies, daß die Arbeitgeber in den letzten Jahren sich bemühten, für sich eine feste Organisation zu schaffen, die sich nun mit allen Mitteln bemüht, die freien Organisationen der Arbeiter zu sprengen, was die bis jetzt ausgeführten Ausperrungen zur Genüge beweisen.

Kottbus. Am 17. April teilte der Vorsitzende unserer Filiale dem Vorsitzenden des Vereins zur Wahrnehmung gemeinsamer Interessen der Tuchfabrikanten zu Kottbus schriftlich mit, daß bei der Firma Fr. Widdellkamp den Stopferinnen, Knoterinnen und Kopperinnen die Löhne in Höhe von 20-85 Proz. gekürzt worden seien. Nach dem 1896er Streik wurde seitens des Arbeitgeberverbandes eine Beschwerdef Kommission ernannt, die die Arbeiter bei Lohnreduktionen zu rufen sollten, zwecks Abhilfe oder Unterhandlung und Schlichtung. Dieser Kommission wurde der Fall, zu Händen des Vorsitzenden Herrn Ludwig Ephraim, unterbreitet, nachdem Herr Widdellkamp auf ein an ihn zwecks Juridikation der Lohnkürzung resp. Anbahnung von Verhandlungen gerichtetes Schreiben garnicht geantwortet hatte.

Nach Empfang dieses Schreibens glaubten wir, nun gibt es den alten Lohn unverkürzt oder doch sehr wenig gekürzt weiter, da eine „Beschwerdekommission“ doch untersucht haben wird, wie die Sache geregelt worden ist, und wenn die Firma nichts zulegen wollte, auf sie als Organisationsmitglied einzutreten suchen würde, keine Löhne zu zahlen, die unter dem Durchschnitt stehen, als sie den betreffenden Kategorien von Arbeiterinnen hier am Orte gezahlt werden.

Regelung der Angelegenheit „durch die Firma selbst“. Es gehört schon eine ganz besondere „Herrenmoral“ dazu, sich so schroff denjenigen gegenüber zu benehmen, durch deren fleißige Arbeit ihm sein Reichtum ward. Diese „Regelung“ bestätigte auch die darauf folgende Besprechung der Belegschaft. Im Auftrage derselben wurde vor fast drei Wochen der „Beschwerdekommission“ durch unsern Vorstand diese Art von „Regelung“ mitgeteilt, mit der Bitte, bis zum 26. Mai 1905 gültigst erklären zu wollen, ob sie mit dieser Regelung einverstanden sei, oder welche Schritte sie dagegen zu unternehmen gedenke. Entweder ist diese famosse Beschwerdekommission in der Zwischenzeit gestorben oder befindet sich samt Vorsitzenden in der Sommerfrische. Oder aber, und das trifft zu: man kann und will nicht antworten. Man kann nicht, weil man eventuell selbst Herrn Widdellkamp nachahmen möchte, und man will nicht, weil dann zugegeben werden müßte: Wir sind der Firma gegenüber ohnmächtig, die ganze „Beschwerdekommission“ ist nur Dekoration nach außen. Daß die Arbeiter-schaft jetzt auch den letzten Rest Vertrauen zur Arbeitgeber-Organisation und Kommission vollständig verloren hat, wird selbst den Herren Arbeitgebern klar sein. Auch hier dieselbe Prognostik und Nichtachtung. Wie lange es die Arbeiter noch mit ansehen wollen, derartig behandelt zu werden, wird sich zeigen. Sie werden den Herren doch wohl bald die richtige Antwort geben durch Beitritt jedes einzelnen zu unserer Organisation. Dadurch machen sie dieselbe zum gleichberechtigten Faktor. Darum hinein in die Organisation, damit den Herren die Nachahmungsgelüste bei Zeiten vergehen!

Apolda. Wie die Arbeiter der Firma Spindler „veranlaßt“ werden, entgegen ihrer Ueberzeugung in ein Kaiserhoch einzustimmen, zeigt folgender Vorgang. Vor kurzem wurde dem in der Seidenfärberei beschäftigten Personal „befohlen“, eine halbe Stunde vor Feierabend im Musikaal der Firma in Arbeitskleidung sich einzufinden. Als die Leute dort eintrafen, erwartete sie schon der Chef der Firma zusammen mit einem Gewerbetar. Dieser Herr hielt eine Ansprache, in welcher auch das Personal zur Zufriedenheit erwähnt wurde; dann wurde mitgeteilt, daß dem Färbemester Weinberg für langjährige und treue Dienste bei der Firma Spindler das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden sei. Zum Schluß wurden die Anwesenden aufgefordert, in ein Hoch auf den Kaiser mit einzustimmen, worauf dieselben wieder gehen konnten. Empört erklärten Arbeiter der Firma, daß sie gar kein Interesse daran haben, ob Schulze oder Müller einen Orden bekommt; solche Dinge möge die Firma mit den daran Beteiligten selbst ausmachen. Im übrigen empfahlen die Arbeiter der Firma, die Lanteme, welche sie im April jeden Jahres als Gratifikation an die sowieso schon auskömmlich bezahlten Beamten verteilt, lieber den Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma zukommen zu lassen, da diese mit einem Verdienst von 18-20 M. für Männer und 8-11 M. für Mädchen nicht menschenwürdig existieren können. Für den Ausfall von Lanteme könnte den Beamten ja die Unverschämtheit auf Ehrenzeichen in Aussicht gestellt werden, dann wäre beiden Teilen geheißen.

Meerane. Das hiesige Gewerkschaftsblatt beschloß in einer seiner letzten Sitzungen anstatt eines Gewerkschaftsfestes für dieses Jahr einen Morgenausflug zu unternehmen, und dieser wurde am vergangenen Sonntag den 28. Mai ausgeführt. Unter Vorantritt des Stollischen Musikkorps zogen früh 6 Uhr gegen 800 Personen, Männlein und Weiblein, mit den Kindern nach dem 1 1/2 Stunden entfernten Demmeritzer Kirchenholz. Dort angekommen, entwickelte

sich bald ein reges Treiben, das bis 12 Uhr währte, wo der Müßiggang angetreten wurde. Das Unternehmen war schon gelungen; allgemein wurde der Wunsch ausgesprochen, im nächsten Jahre ein allgemeines Waldfest abzuhalten. Der Stadtrat von Meerane hatte es nicht erlaubt, vor dem Vormittagsgottesdienst mit Musik durch die Straßen zu ziehen; er fügte sich bei dem Verbot auf eine alte Verordnung. Sache unserer Vertreter, im Stadtparlament wird es sein, diese Sache einmal zur Sprache zu bringen, damit ein alter Jopf beseitigt wird.

Deitsch i. B. Die am 20. Mai im „Norddeutschen Hof“ abgehaltene Mitgliederversammlung der Filiale Deitsch i. B. des Zentralverbandes deutscher Textilarbeiter und Arbeiterinnen war schwach besucht. Der Kassierer, Kollege Karl Hofmann, gab den Rassenbericht vom 1. Quartal. An Einnahmen sind 2166,04 M., an Ausgaben 1204,52 M. zu verzeichnen. Der Rassenbestand beträgt 961,52 M. Der Kassierer wurde entlastet. Zum Schriftführer wurde Fritz Spranger, zum zweiten Schriftführer Hans Werner gewählt. Rechnungsprüfer wurde Kollege J. Burtel. Unter Verschiedenem berichtet der Vorsitzende Robert Eniglein über die in der letzten Versammlung angebahnte Lohnbewegung der Färber. Man beschloß, nochmals Fabrikbesprechungen der Färber abzuhalten. In Bezug auf eine Agitation in der Hausindustrie wurde beschlossen, von den in Betracht kommenden Fragebogen Gebrauch zu machen. Ueber das Genossenschaftswesen sollen demnächst Lichtbilder vortragen gehalten werden. Auch kam der Teppichweberstreik in Berlin zur Sprache. Man sprach den Ausständigen die weitgehendste Sympathie aus. Das Unteragitationskomitee soll einen sachkundigen Referenten bestellen.

Offenbach a. M. Dem Beschluß der letzten Mitgliederversammlung nachfolgend, wurde zum 20. Mai eine öffentliche Versammlung einberufen. Die Tagesordnung lautete: „Der Neunhunderttag und die Antwort der Fabrikanten“. Nachdem der Vorsitzende in kurzen Worten die Entschloßung der jetzigen Bewegung geschildert hatte, hielt Genosse Stadt. Wehle einen ausgezeichneten, mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das angegebene Thema. An der Hand reichhaltigen Materials führte er aus, daß die Arbeiter die Pflicht hätten, die Arbeitszeit so kurz wie möglich zu gestalten, denn kurze Arbeitszeit bedeutet Gesundheit, besseres Familienleben, überhaupt mehr Mensch sein. Redner führte durch Statistiken aus dem Reichsarbeitsblatt den Beweis dafür, daß je länger die Arbeitszeit, desto niedriger die Krankenlöhne, und je länger diese, desto höher die Arbeitsleistung und infolgedessen um so höher der Lohn sei. Er verweist auf die sogenannten „wilden“ Länder, die zum Teil seit langem die achtstündige Arbeitszeit haben, während wir in unserem „kultivierten“ Vaterlande noch unter der 11- bis 13stündigen, oft noch unter der 16stündigen Arbeitszeit seufzen. Er forderte die hiesigen Kollegen auf, das gesteckte Ziel fest im Auge zu behalten. Hierauf wurde die Antwort der vereinigten Fabrikanten verlesen. Sie bewilligen die 1 1/2 stündige Mittagspause, können infolge scharfer Konkurrenz und niedriger Preise nicht mehr bewilligen. In der folgenden Diskussion wurde das Zugeständnis der Chefs als viel zu gering bezeichnet und betont, daß trotz angeblich scharfer Konkurrenz die Fabrikanten von Tag zu Tag größer würden — jedenfalls mit den Fabrikanten noch etwas anderes. Durch Annahme einer Resolution erklärte man sich indes unter den gegebenen Verhältnissen mit dem Zugeständnis der Fabrikanten einverstanden. Kollegen! Jetzt ist es eure heilige Pflicht, treu zur Sache zu halten, alles Nebenfällige beiseite zu lassen, jeden Fernstehenden zu organisieren und dadurch das so lange Verstumme mit doppelten Kräften nachzuholen! Kollegen, denkt an euch und eure Familie und tut eure Pflicht!

Selbberg. Am Dienstag den 16. Mai wurde hier im Hotel „Stadt Obühl“ vom Gauweiler Kollegen Fritzsch eine gut besuchte öffentliche Textilarbeiterversammlung abgehalten. Das Thema war: „Arbeit ist des Bürgers Zierde, Segen ist der Mühe Preis.“ Kollege Fritzsch berichtete dann das Ergebnis der Verhandlung mit der Firma Müller. Die Verhandlung hatte einen negativen Verlauf. Die Forderungen müssen aufrecht erhalten werden, das an Arbeiterstellen fehlende, woran hauptsächlich der neue 30 tagen lang sei. Es sei nur erreicht worden, daß jetzt wenigstens 2000 Arbeiter zu finden seien. Dies haben wir nur der Organisation zu verdanken. An der darauffolgenden Diskussion beteiligten sich die Kollegen Reinhold, Seidel und Raug. Namentlich wurde das in der Fabrik unter den Arbeitern in höchster Wüste stehende Angebotswesen einer scharfen Kritik unterzogen. Es geht hier ungemein langsam vorwärts. In Selbberg wird es der Organisation sehr schwer, Wurzel zu fassen. Dennoch sind wir hier aber doch schon auf 88 Mitglieder gekommen: 57 männliche und 20 weibliche. Ägtere nur jeder tüchtig, damit wir, wenn Kollege Fritzsch wieder kommt, das erste Hundert voll haben!

Schwelm. Die Mitglieder-Versammlungen finden vom Mai bis Oktober, mit Ausnahme der nächsten Versammlung, jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Karl Müller, Barmer Straße 1, statt, und werden die Mitglieder ersucht, zu jeder Versammlung zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Wittgenndorf. Eine öffentliche Arbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung fand am Sonntag den 21. Mai, hier, im Gasthof „Zum Bergschloßchen“ statt. Kollege Herr Chemnitz aus Chemnitz hielt einen Vortrag über „Die Unterstützungsbestrebungen der Gewerkschaften“. Nachdem der Referent alle Unterstützungs-zweige der Gewerkschaften, insbesondere die der Textilarbeiter und Arbeiterinnen, besprochen hatte, kam derselbe auch auf die Frage einer Arbeitslosenunterstützung zu sprechen. Als warmer Befürworter einer solchen verbreitete sich Redner des längeren über diese Frage, dabei betonend, daß eine Arbeitslosenunterstützung für die Textilarbeiterschaft weit sympathischer wäre als die Krankenunterstützungsbilliche. Reicher Beifall lohnte dem Referenten für seinen gut durchdachten Vortrag; hoffentlich ein Beweis, daß die Ergänzungen mit dem Ausgeführten einverstanden waren. Die sich hieran anschließende Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten. Hoffentlich tritt in bezug auf den Besuch eine Besserung ein, denn die Kollegen und Kolleginnen werden wissen, daß Nicht-erscheinen und Unpünktlichkeit zu Disziplinlosigkeit und Pflaumerei führt.

### Posamentierer-Bewegung.

Berlin II. In der am 17. Mai abgehaltenen Mitgliederversammlung hielt Kollege S. Bange einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Abstammung und Entstehung des Weinschen“. Als Delegierter zur Posamentierer-Konferenz wurde Kollege Otto Jehms gewählt. Um Irrtum zu vermeiden, sei hier gleich bemerkt, daß Kollege Ernst Daus als Vertrauensmann angewählt sein wird. Kollege Jehms soll dafür eintreten, daß Protokolle gedruckt werden, doch bloß in beschränkter Anzahl und wenn Abnahme garantiert wird. Der Vorstand fühlte sich veranlaßt, Kollegen einen Tadel auszusprechen wegen Nichtteilnahme an der Mailfeier. An Stelle des aus dem Brandenburger Agitationskomitee ausgeschiedenen Kollegen Mahle soll Kollege Moritz Witsch vorgeschlagen werden. Eine sehr scharfe Debatte entspann sich noch wegen der Neuerung des Kollegen Stallack, welcher die Mailfeier als Matrummel bezeichnete, welchen er mitumgaben keine Veranlassung habe.

Magdeburg. Am letzten Sonnabend fand hier eine Versammlung der organisierten Kollegen der Wöbelposamentenfabrik von Zabel statt, in der den dort herrschenden Missetänden eine verdiente Kritik gespendet wurde. Um mehren Teil man darüber einig, daß bei dem kleinsten Arbeitsandrang Gehilfen einstellt werden, die dann nach ein paar Wochen wieder gehen können. Der Anfangslohn ist gewöhnlich 30 Pfg. die Stunde und steigt im

ünstigsten Falle bis zu 35 Pfg. Die Reinlichkeit läßt auch zu wünschen übrig. Die ganze Woche einmal kehren, ist wohl doch ein bißchen zu wenig. Gestagt wird auch darüber, daß die Lohnzahlung oft unpünktlich stattfindet. Bis zu einer halben Stunde haben die Kollegen schon warten müssen. Zu erwähnen ist ferner noch die Liebenswürdigkeit eines Nachkollegen, durch dessen Vermittlung der Prinzipal bald alles erfährt, was ihm zu wissen nötig scheint. Schmutz und Schmarozken ist überhaupt an der Tagesordnung. Was darin geleistet wird, übertrifft alles bis jetzt Dagewesene. Wir möchten aus oben Angeführtem die Kollegen ermahnen, bis auf weiteres eine Stellung nach hier nicht anzunehmen, da sich die Zustände nur dann bessern können, wenn der Firma die Möglichkeit genommen wird, sich im Bedarfsfalle Ersatz für die Unzufriedenen zu schaffen.

**Leipzig.** In der Versammlung, welche am 25. Mai stattfand, wurde Kollege Meinenberg als Delegierter zur Posamentiererkonferenz gewählt. Es wurde ihm anheim gegeben, dafür mit einzutreten, daß die nächste Konferenz spätestens in zwei Jahren und nicht wieder im Erzgebirge stattfinden soll. Die rückständigen Beiträge zum Zentral-Arbeitsnachweis sind in zufriedenstellender Weise eingegangen. Verschiedene Punkte, wie Unterstützungsfonds und eventueller Totalaufschlag, wurden bis zur nächsten Versammlung verschoben. Es wäre aber erwünscht, daß selbige auch gut besucht würde. Daß die bevorstehende Konferenz die Posamentiererbewegung antreibt und belebt, macht sich hier durch den gehobenen Besuch der Versammlungen bemerkbar.

**Nürnberg.** Zur Posamentiererbewegung veröffentlichte die hiesige Filiale des Textilarbeiterverbandes über die Posamentenfabrik von Konrad Lehner hier eine Darstellung, in der Herr Lehner gerade nicht als Arbeiterfreund bezeichnet wurde, obwohl er früher der Arbeiterorganisation angehörte. „Als er von uns Abschied nahm,“ heißt es darin, „und Unternehmer wurde, schrieb er an den damaligen Vorsitzenden der Filiale einen Brief, worin er jedem Kollegen Freundschaft gelobte. Wie es damit bestellt war, sollte die Organisation bald erfahren, denn der Herr erhöhte die Arbeitszeit von 58 auf 58 1/2 Stunden. Als nun die Gehilfen am 8. April dieses Jahres in die Bewegung traten, erklärte Herr Lehner am 22. April vormittags dem Gauleiter, er wäre mit den Forderungen einverstanden, auch würde dem Gauleiter noch ein Schreiben zugehen. Am Abend bei Schluß der Arbeit ließ er seine Arbeiter ins Kontor kommen und gab die Erklärung ab, daß er gegen den Tarif nichts einzuwenden habe und alles genehmige. Aber in der Antwort des Herrn L. vom 24. April hieß es: Nach reiflicher Ueberlegung habe ich mich entschlossen, meine gegenwärtig bestehende Geschäftsordnung aufrecht zu halten. Darauf wurde der Gauleiter wieder vorstellig, und L. versprach aufs heiligste, die pünktliche Einhaltung des bisher Versprochenen. Aber am 30. April ließ L. durch seinen bekannten Arbeitswilligen, Herrn Moritz Nichtig, den Arbeitern bekannt geben, daß bis abends 5 Uhr gearbeitet werde, wer sich den Anordnungen nicht fügen wolle, der könne gehen. Die Kollegen schloßen sich jedoch auf die bekannten Vereinbarungen und machten um 1/55 Uhr Schluß. Bei der darauf folgenden Lohnzahlung bekam ein Kollege seine Entlassung; die anderen Kollegen erklärten sich solidarisch und verließen das Dorado des Herrn Lehner, bis auf Herrn Nichtig. Am Montag traten die Kollegen in einer Versammlung wieder zusammen und das über die Firma Lehner gefällte Urteil war gewiß kein schmeichelhaftes. Zum Schluß wurde noch der Antrag angenommen: Betreffs der Entlassung des Kollegen soll der Gauleiter nochmals vorstellig werden. Das geschah, aber das Ergebnis der Verhandlung war für die Kollegen nicht annehmbar. Die Sperre bleibt nach wie vor über das Geschäft des Herrn Konrad Lehner (M. Primus Nachfolger) Bändergasse 24, sowie über die Firma Jean Arnold, Witwe, Deutschherrenstraße 8, verhängt. Wir richten wiederholt an die Kollegen allerorts, hauptsächlich aber an die Wiener Kollegen, das Gesuch, Nürnberg zu melden. Die Arbeiterzeitungen werden um Abdruck ersucht. — Soweit die Filialverwaltung Nürnberg des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter, Herr Lehner, sich darauf zu seiner Rechtfertigung, daß von einer Mahregelung des betreffenden Gehilfen absolut keine Rede sein könne. „Schon bei seinem feinerzeitigen Austritt gab ich Herrn Nichtig das Versprechen, daß ihm jederzeit und ohne vorherige Anfrage meine Beschlüsse wieder offen sei. Daß nun L. grade zu der Zeit wieder juristisch, als die Bewegung im Gewerbe stattfand, ist rein Zufall, und war ich, um mein gegebenes Wort einlösen zu können, gezwungen, einen Gehilfen zu entlassen, da es tatsächlich an Arbeit fehlte, um auch ihn behalten zu können. In der Entlassung lag also durchaus keine Mahregelung und schließlich wird doch jeder Geschäftsmann, wenn ihm Gelegenheit zur Wahl gegeben ist, immer den ihm am vorteilhaftesten scheinenden Teil wählen. Was nun die übrigen Gehilfen anlangt, so hätte ich selbe, als sie nach einigen Tagen wieder nachfragten, sofort wieder aufgenommen, doch mußte ich ihnen erklären, daß ich mich für dauernd nicht binden kann, die Beschäftigung eben so lange dauere als Arbeit vorhanden, worauf sie aber nicht eingehen zu können glaubten. Dies zur allgemeinen Kenntnis, um einer irigen Meinung in der Sache vorzubeugen.“ — Die Verbandsfiliale erwiderte hierauf: „Zunächst hat Herr L. nur bestätigt, was wir behaupteten, daß er grade bei Beginn der Bewegung seinen Arbeitswilligen S. Nichtig zur Stelle hatte. Was die Mahregelung anbetrifft, so muß es S. Lehner uns schon selbst überlassen, das richtige Urteil zu treffen. Am Mittwoch den 17. d. M. lud Lehner an Herrn Gauleiter Brüggemann brieflich ein, einmal bei ihm vorzusprechen. Brüggemann, ebenso wie alle übrigen Kollegen von dem Gedanken befehl, Frieden zu schließen, erfüllte den Wunsch des Herrn Lehner. Nach längerem Unterhandeln einigte man sich auf folgende Punkte: Einhaltung der bei der Firma Leo Arnold bestehenden Bestimmungen, bezüglich der Entlassung Nichtig soll der Gauleiter bis längstens Samstag Antwort erhalten. In der eingelaufenen Antwort erklärte Herr L., auf die Entlassung des Nichtig nicht eingehen zu können, er verlangte am Schluß, die Organisation solle ihm einen Gehilfen besorgen, er werde Sorge tragen, daß Nichtig Mitglied des Deutschen Textilarbeiterverbandes werde. Ein solches Verlangen an eine Organisation zu stellen, blieb Herrn L. unfern früheren Vorsitzenden, vorbehalten. Wir sind leider nicht in der Lage, der Werbelust für unsern Verband Anerkennung zu zollen. Würde Herr L. sein uns gegebenes Wort gehalten haben, so wäre die Angelegenheit längst erledigt.“

**Frankfurt a. M.** Am 20. Mai hielten wir eine gut besuchte Versammlung ab, wo wir zum Weipertter Kongreß Stellung nahmen. Die Städte Darmstadt und Mainz hatten je einen Kollegen zu dieser Versammlung geschickt. Offenbach war auch eingeladen, leider erschien niemand. Ob die Kollegen von dort einen eigenen Delegierten senden oder ob sie wegen ihrer 9-Stunden-Bewegung überhaupt nicht an den Kongreß denken, wissen wir nicht. — Um alle Kollegen zu überzeugen, wurde noch einmal die Frage aufgeworfen, ob es nötig sei, einen Kongreß abzuhalten und ob derselbe Zweck und Nutzen für uns habe. Alle Kollegen, die sich an der Diskussion beteiligten, waren eines Sinnes, daß ein Kongreß für uns in jeder Hinsicht Vortheile bringt. Es wurde konstatiert, daß wir vor dem ersten Kongreß zwar allerorts organisiert waren, aber von einer Bewegung konnte nirgends die Rede sein, ausgenommen in Berlin und Wien. In Berlin wurde im Jahre 1899 und in Wien schon 1896 die 9-stündige Arbeitszeit errungen. Erst nach dem Weipertter Kongreß im Jahre 1900 wurde ein Leben in der Bewegung allerorts bemerkbar. Es wurden höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit errungen, und bei einiger Energie könnten wir zu dem jetzigen Kongreß mit noch

besseren Situationsberichten zusammentreten. Was aber in diesen fünf Jahren verfaßt oder zu flau angepaßt worden ist, kann nachgeholt werden. Deshalb erwarten wir ganz bestimmt, daß von dem Kongreß eine Methode ausgearbeitet wird, um in der Zukunft leichter und sicherer unser Ziel erreichen zu können. — Da wir die jetzige Taktik für unzureichend erachten, wird unser Delegierter einen diesbezüglichen Antrag einbringen, und wir bitten die Delegierten, bevor über den Antrag abgestimmt wird, ihn sich ja erst reiflich zu überlegen. — Daß unser Zentralarbeitsnachweis, unser Schmerzenskind, wir haben deren zwei, nicht so funktioniert, wie es sein sollte, daran ist wohl die Eigenart und Isoliertheit unserer Branche schuld. Ein jeder andere Handwerker findet in jeder Stadt Stellung, der Posamentierer aber, der bloß auf große Städte angewiesen ist, findet, wenn er keine Stelle verläßt, sehr selten in derselben Stadt eine andere Stelle, und ist gezwungen, sich anderweitig Stellung zu suchen. Nun wendet er sich nach Berlin, sagen wir von hier aus, er bekommt eine Stelle nachgewiesen, d. h. wenn eine offen ist, vielleicht nach Hamburg, Breslau oder Königsberg. Diese Stellen sind einem verheirateten Kollegen, der die finanziellen Mittel nicht hat, absolut nicht zugänglich; er ist gezwungen, durch die „grüne Zeitung“ oder die bekannte „Doppel-Firma“ hier eine näher gelegene Stelle sich zu verschaffen. Darum funktioniert unser Zentral-Arbeitsnachweis nicht. Hier muß der Hebel angelegt werden. Auf dem Kongreß müssen Mittel und Wege gefunden werden, daß es in Zukunft besser wird. Unser Delegierter wird auch einen diesbezüglichen Antrag einbringen, und zwar auf Errichtung von Kreis-Arbeitsnachweisen. — Und noch einen Antrag wollen wir bezüglich des Erzgebirges einbringen. Um nämlich die Lage der dortigen Kollegen sowie des gesamten Posamentenfaches im Erzgebirge zu heben, wird beantragt: Anstellung eines Gauleiters für das Erzgebirge. Derselbe muß gelernter Posamentierer sein und seine Anstellung muß vom Verband aus erfolgen. Wir wissen daß dieser Antrag nicht sogleich erfüllbar ist, und er erst der Genehmigung der Generalversammlung der Textilarbeiter bedarf. Aber wir meinen, daß der Hauptvorstand, der ja wahrhaftig auf dem Posamentiererkongreß, wie er ja sonst auch auf den Gauleiterkonferenzen anwesend war, vertreten sein wird. — Wir wünschen nur, daß sich der Hauptvorstand diesem Antrag gegenüber nicht hochbeinig stellt, und ihn auf der nächsten Generalversammlung zur Annahme empfehlen wird. — Möge nun der Kongreß all die Wünsche und Hoffnungen, welche in ihn von allen Seiten gesetzt werden, erfüllen. Dann ist die Zeit, das Geld und die Mühe, welche dafür verwendet wird, nicht umsonst gewesen. Wir wünschen dem Kongreß ein Glück auf! — Wir wollen schon längst unsere Stellung zum Kongreß darlegen, da wir aber seit längerer Zeit mit der Organisation der Seiler beschäftigt waren, hatten wir sehr wenig Zeit übrig. Wir können die freudige Mitteilung machen, daß in der Samstags-Versammlung nach einem Referat des Genossen Widatschek über: „Zweck und Nutzen der Organisation“, sich ca. 16 Seiler in unsere Filiale aufnehmen ließen.

**Zweiter deutsch-österreichisch-ungarischer Posamentiererkongreß.**  
Den werten Delegierten hiermit zur Nachricht, daß Kollegen zum Empfang der Delegierten auf dem Bahnhof in Weipert anwesend sein werden. Erkennungszeichen: „Textilarbeiter“ in der Hand. Das Lokalkomitee.

**Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.**  
4000 Zigarettenarbeiterinnen kämpfen in Dresden um Erhaltung ihrer Organisation.  
115 Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarettenfabrik Josetti in Berlin sind in den Streik getreten, nachdem sie sich mit den Forderungen ihrer Dresdner Kollegen solidarisch erklärt hatten. Die Arbeit wird hier solange ruhen, bis die Verwaltung die Forderungen in Dresden bewilligt hat.  
Ueber 500 Maler streiken in Hannover. 25 Meister haben schon bewilligt.  
Der Streik der Stukkateure in Berlin ist mit vollem Erfolg beendet. Auf Anregung aus den Reihen der Unternehmer hat die Schlichtungskommission die Tarifverhandlungen wieder aufgenommen. Es kam eine Vereinbarung zustande, die in der Hauptsache daraus hinauskommt, daß der von den Arbeitern eingereichte Tarif bis auf einige unwesentliche redaktionelle Veränderungen von den Unternehmern angenommen wurde. Der neue Tarif bringt neben hygienischen Verbesserungen im Betriebe eine Lohnerhöhung in elf Positionen, die durchschnittlich 26 1/2 Proz. beträgt.  
Zur Aussperrung der Brauereiarbeiter in Rheinland-Westfalen. Auf den telegraphisch nach Dortmund abgeforderten Antrag des Rheinisch-Westfälischen Arbeiterverbandes an den Boykottschußverband der Brauereien ist folgende Antwort eingegangen: Der Boykottschußverband hat ebenso wie die anwesende Arbeitervertretung den Antrag des Barmen Arbeitervereins bezw. des darin angebotenen Schiedsgerichts einstimmig abgelehnt. Er strebt aber auch seinerseits im Interesse seiner Wirklichkeit die baldige Herbeiführung eines Friedens mit den Brauereiarbeitern an. Das ist schon eine wesentlich andere Sprache, als man sie bisher zu hören gewohnt war. Die rheinisch-westfälischen Brauereibesitzer oder ihre Beauftragten scheinen einzusehen, daß ihr Vernichtungskampf gegen die Brauereiarbeiter-Organisation aussichtslos ist.

**Bauarbeiterausperrung in Jena.** Die Unternehmer haben sämtliche organisierten Maurer und Zimmerer entlassen, um dadurch einen Druck auf die Ausländigen auszuüben. Die Bauhilfsarbeiter arbeiten vorläufig noch weiter. Während sich die Streikenden gesperren bereit erklärten, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen, haben die Arbeitgeber dies abgelehnt; sie wollen den Kampf bis zum bitteren Ende durchkämpfen.  
Zur Aussperrung im Schneidergewerbe. Mehr und mehr zeigt es sich, daß die Scherfsmacher im Schneidergewerbe mit ihrer Gehilfenausperrung keinen Erfolg haben. Nicht nur weigern sich zahlreiche Firmen, dem Aussperrungsbeschluß Folge zu leisten, es treten sogar viele aus dem Scherfsmacherverband aus. In Dresden haben ihm z. B. zehn namhafte Firmen den Rücken gekehrt. Unter solchen Umständen kann natürlich von einer Vernichtung der Gehilfenorganisation u. s. w., nicht im entferntesten die Rede sein. Im Gegenteil! Die Herren Scherfsmacher fallen dem wohlverdienten Spott anheim. In Hannover wurde am Donnerstag in allen Geschäften, die auf Unterzeichnung des Referats bestanden, die Arbeit eingestellt. Nach den vorläufigen Feststellungen sind 348 Streikende eingetragen. Davon sind 327 organisiert. In Rassel haben die maßgebenden Arbeitgeber, da sie mit ihren Gehilfen einen bis zum Jahre 1908 gültigen Tarif abgeschlossen haben, Kontraktbruch begangen und 90 bis 100 Gehilfen in 10 Geschäften ausgesperrt. In Stuttgart sind 350 Gehilfen ausgesperrt resp. im Streik. In Mainz und Straßburg dauert der Streik fort, desgleichen in Gießen. Mit den tausend Hamburger Aussperrten und denen Münchens, Frankfurts a. M., Nürnbergs und den kleineren Ortschaften mag sich die Gesamtzahl der Streikenden und Aussperrten bis jetzt auf etwas mehr als 4000 belaufen. In Braunschweig stellten die Schneider die Arbeit ein; auch in Hamburg beschlossen sie den Streik. Auch in Lübeck und Chemnitz legten die Schneider die Arbeit nieder.

1500 Metallarbeiter sind in Wolbea (Rheinprovinz) ausgesperrt worden.

2000 Mann der Stahlwarenfabrik Hammesfahr bei Solingen wollen in den Streik treten, wenn die Firma nicht die Solinger Tarife anerkennt.

Die Aussperrung im Baugewerbe Stockholms hat nicht so gewirkt, wie die Unternehmer wünschten. Ein großer Teil der Aussperrten hat die Stadt verlassen und an anderen Orten Arbeit gefunden. Nun hat der zentrale Arbeitgeberverband die Unternehmer im ganzen Lande aufgefordert, keine Bauarbeiter aus Stockholm einzustellen. Inzwischen hat der frühere Minister des Inneren, Lagerheim, den streikenden Parteien seine Vermittlung angeboten und Verhandlungen sind angebahnt worden.

Der große Konflikt in der schwedischen Metallindustrie hat bis jetzt noch nicht zu der angeforderten allgemeinen Aussperrung geführt. Die Sitzung des Hauptvorstandes der Schwedischen Werkstattevereinigung am 21. Mai, die über „weitere Maßnahmen“ beschließen sollte, hat, wie durch das schwedische Telegrammbureau mitgeteilt wurde, eine außerordentliche Sitzung auf den 2. Juni anberaumt. Wie „Sozial Demokraten“ mitteilt, hat der Minister des Innern am Mittwoch Vertreter des Eisen- und Metallarbeiterverbandes zu sich rufen lassen, um mit ihnen über die Situation zu sprechen. Ueber ein positives Resultat ist noch nichts bekannt geworden.

Schweizerische Behörden gegen streikende Arbeiter. In Zürich ist der italienische Sozialdemokratische Abgeordnete Todeschini, der auf Einladung der streikenden Italiener seit etwa 14 Tagen dort weilte, von der Polizei verhaftet worden, nachdem er in der „Neuen Züricher Zeitung“ denunziert und seine Verhaftung und Ausweisung gefordert worden war.

Auch in der Stadt Bern ist dem Unternehmertum Heil widerfahren. Die Regierung des Kantons hat den Belagerungszustand über die Bundesstadt verhängt, wozu die Begleitung eines Duhends Streifbrecher durch eine Anzahl Streikender den Vorwand abgeben mußte.

In der Stadt St. Gallen, wo die Schloffer und Dachdecker im Kampfe stehen, hat der Stadtrat eine vor zwei Jahren erlassene ungeheuerliche Polizeiverordnung anschlagen lassen, um die Streikenden einzuschüchtern. Die Schweizerische Freiheit scheint bald auch nur noch auf dem Papier stehen zu sollen.

Wegen Aussperrung der Bauarbeiter ist der Pfah Basel für Arbeiter samlcher Baugewerbe während des ganzen Sommers gesperrt. Zuzüger werden als Verräter betrachtet.

In Limoges in Frankreich streiken 1100 Schuhmacher.

In Budapest beschloßen 27000 Eisenarbeiter in den allgemeinen Ausstand zu treten.

In Innsbruck stellten 2000 Arbeiter des Baugewerbes die Arbeit ein.

In Warschau und Lodz ist es in neuerer Zeit wiederholt zu Zusammenstößen zwischen Militär und Arbeitern gekommen, was zahlreiche Todesfälle unter den Arbeitern zur Folge hatte. In Lodz hat sich ein Massenstreik entwickelt, an dem 16000 Arbeiter beteiligt sind.

Sämtliche Textilarbeiter Belgrads (Serbien) sind zwecks Durchführung von Lohnstarifen in den Ausstand getreten. Sie sind gut organisiert und daher sehr siegeszuversichtlich. Vor Zugung sei gewarnt.

**Gewerkschaftliches.**  
Die Organisation der Textilarbeiter Oesterreichs hatte in den letzten vier Jahren folgende erfreuliche Entwicklung zu verzeichnen:

1901:	159 Ortsgruppen mit 6525 Mitgliedern
1902:	212 „ 9374
1903:	243 „ 11927
1904:	245 „ 13640

**Soziales.**  
Zum Bergarbeiterschutz. Das preussische Abgeordnetenhaus hat in dritter Lesung das Bergarbeitergesetz nach den Kompromißvor schlägen endgültig angenommen. Das im Unterparlament nur noch von den Konservativen bekämpfte Kompromiß hat dabei vor der ursprünglich als unannehmbar erklärten Kommissionsanträge lediglich die geheime Wahl zu den Arbeiterausschüssen voraus. Mit diesem einzigen Erfolge brückte sich noch das Zentrum, das in allen übrigen Fragen (Seraulrücken des Wahlalters auf 30 Jahre usw.) schmäde nachgab. Es machte von seiner parlamentarischen Macht zu Gunsten der Arbeiter nur einen sehr beschränkten Gebrauch. So ist denn im Grunde genommen für die Bergarbeiter von dem Regierungsvorhaben nichts weiter zu Stande gekommen, als das Verbot des Wagnemuldens. Von dem Verbot der politischen Betätigung hat man nur den Worten nach abgesehen, denn man hat der Behörde die Befugnis eingeräumt, die an sich schon recht fragwürdigen Ausschüsse aufzulösen, wenn sie „ihre Befugnisse überschreiten.“ Was darunter zu verstehen ist, entscheidet die Behörde. Da dürfte oft eine Befugnis überschritten werden, wenn die Ausschüsse die Interessen der Arbeiter auch in sozialer Weise wahrnehmen. Statt des sanitären Arbeitstages hat man einen „Gesundheitsbetrag“ geschaffen, der nichts zu sagen ist. Für alle diese unzulänglichen Maßnahmen können sich die Arbeiter beim Zentrum bedanken.

Der Beirat für Arbeiterstatistik war vom 18. bis 20. Mai unter dem Vorsitz des Präsidenten des Kaiserlichen Statistischen Amtes, Dr. van der Borch, zu seiner 11. Plenarsitzung, der 4. Sitzung im laufenden Jahre, zusammengetreten. Während der beiden ersten Verhandlungstage handelte es sich darum, die Beschwerden, die aus den beteiligten Kreisen gegen die durch Verordnung vom 3. Dezember 1902 für die Kleider- und Wäscheindustrie angeordnete Führung von Lohnbüchern erhoben worden sind, durch Vernehmung von Auskunftspersonen auf ihre Berechtigung zu prüfen und Vorschläge zur Abstellung etwa tatsächlich festgestellter Mängel entgegenzunehmen. Als Auskunftspersonen wurden vernommen: 7 Unternehmer, 7 Zwischenmeister und 14 Arbeitnehmer. Die Beratung des 3. Verhandlungstages galt einem Antrag der Reichstagsabgeordneten Sjöe und Lindborn: Den Herrn Reichsanwalt (Reichsamt des Innern) zu ersuchen, den Beirat für Arbeiterstatistik mit Erhebungen über die Arbeiterverhältnisse: Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Arbeitsordnung, Löhne, Strafen, Gefährdungen von Gesundheit und Leben, bestehende Schutzvorschriften, Aufenthaltswärdume usw. in den Betrieben der elektrischen, Pferde- und Dampfmaschinenbahnen zu beauftragen. — Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Hiernach wurde über die geschäftliche Behandlung zukünftiger Vernehmungen von Auskunftspersonen beraten. Es wurde beschlossen, daß im allgemeinen das bisher beobachtete Verfahren beibehalten sei, und daß nur in Einzelfällen, auf Grund eines besonderen Beiratsbeschlusses, die Vernehmungen dem für die betreffende Angelegenheit bestellten Ausschub des Beirats übertragen werden können, unter voller Wahrung des Rechts der übrigen Mitglieder des Beirats zur Teilnahme an diesen Vernehmungen und zur Fragestellung.

**Gerichtliches.**  
Die Buntweberverein im Gerichtsamt. Der Sekretär des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Filiale Augsburg, Wilhelm Deffner, soll den Direktor obengenannter Fabrik, Karl Weitzer, belästigt haben, indem er in einer am 27. Februar im „Bairischen Wit“ in Pforsee abgehaltenen Versammlung von Textilarbeitern, die eine Protestversammlung gegen die aller Humanität Sohn sprechenden Behandlung der Arbeiter genannter Fabrik war, nach der Anklageverfügung gefragt haben soll: „Ich will es zwar nicht

bestimmt behaupten, habe es aber von zuverlässiger Seite gehört, daß der Betrag des halbjährigen Gehaltes, welcher dem früheren technischen Direktor Glodder bei dessen Austritt aus der Spinnerei und Baumwollweberei Pforze vom Geschäft hätte bezahlt werden sollen, der Fabrikantenkasse dieser Firma entnommen worden ist. Wenn Herr Direktor Weirer in einem anderen Geschäft wäre, könnte es ihm wohl über passieren, daß er über die Wertachbrücke gestochen würde, wie ihm dies schon einmal passiert ist; ich will aber nicht sagen, daß man dies gerade tun soll, aber schaden könnte es ihm nicht. Dessen befreit entschieden, die Sache in diesem Sinne vorgebracht zu haben, behauptet vielmehr, nur ein unläufiges Gerücht wiedergegeben zu haben, ein Gerücht, das er nicht glauben konnte und daß er dies auch im Vorhergehenden und wiederholt zum Ausdruck gebracht habe. Der Zweck der Wiedergabe des Gerüchtes war für ihn der, dem Direktor zu vergegenwärtigen, wie er, der von der Gesamtarbeiterschaft Liebgeliebt, von dieser eingeschätzt wird und daß er (der Direktor) jeden Vertrauens in der Arbeiterschaft bar ist, ein Unstund, der zu einer Verringerung in der Behandlung der Arbeiter hinweisen sollte. Der erste (Belastungs-)Zeuge Webermeister Kunz sagt aus, er wisse noch, daß Dessen bemerkt habe, „ich kann es zwar nicht behaupten“, ferner bestätigt der Zeuge, daß Dessen nicht gesagt hat, schaden könnte es nicht, wenn der Direktor zur Brücke hinuntergestiegen würde, im Gegenteil, Dessen habe der Meinung Ausdruck gegeben, er besäße solche Mittel energisch. — Dessen versichert auch dem Gericht gegenüber, daß ihm der Wunsch zu einer Täuschung dem Direktor gegenüber gar nie in den Sinn komme. Darauf führte der Anwalt des klagenden Direktors, R. A. Reinhold, dem Beklagten gegenüber an, daß das Kluger sei, denn in dem Vorbringen des feinerzeitigen Stöckens von der Brücke liege schon der Wunsch zu einer solchen Täuschung. Diese juristische Definition führt Dessen damit ab, daß er in treffender Weise sagt, der Herr Rechtsanwalt scheint die Arbeiterverhältnisse noch wenig studiert zu haben, sonst könnte er die aus Erbitterung heraus geborene, ihn und wieder in die Erscheinung tretende Ausschreitung eines Arbeiters wenn nicht billigen, so doch begreifen. Das scheint den Herrn Rechtsanwalt am richtigen Punkt getroffen zu haben, denn er verbat sich jede Belehrung seitens des Beklagten und lasse sich auch nicht sagen, was er zu studieren habe. — Als zweiter Zeuge erklärt der die Versammlung überwachende Sekretär der Gemeindeverwaltung Pforze, daß es sich in der betr. Versammlung um Besprechung der überlangen Arbeitszeit, der schlechten Löhne und der Behandlung der Arbeiter gehandelt habe und er erklärt, er könne genau sagen, daß Dessen nur von einem Gerücht gesprochen und die Bemerkung daran geknüpft habe, daß er es nicht für wahr halte. Betreffs des Stöckens von der Wertachbrücke erklärt der Zeuge, Dessen habe nach seinem (des Zeugen) Stenogramm von Täuschungen abgeraten und gesagt, er müsse von einem solchen Vorgehen abraten, denn das sei nicht der Weg, um zum Ziele zu gelangen, eine Abhilfe könne nur durch die Organisation geschaffen werden. Daß der Beklagte geküßert haben soll, „schaden könnte es aber nicht“, hat Zeuge nicht gehört. Schließlich muß der Zeuge einen großen Teil seines Stenogramms dem Gericht vorlesen, wodurch des Beklagten Verteidigung ganz wesentlich unterstützt wird, denn es bestätigt genau, daß Dessen mit der Wiedergabe des Gerüchtes dies durchaus nicht als seine Meinung gegeben habe. Daraufhin versucht der Anwalt, die Sache durch einen Vergleich aus der Welt zu schaffen, wozu Dessen nicht besondere Lust zeigt, denn er sei sich einer Beleidigung nicht bewußt und habe die Absicht zu beleidigen auch nicht gehabt. Anwalt: „Sie werden aber doch zugeben und einsehen, daß die Ehre des Herrn Direktors im Interesse seines Ansehens und seiner Autorität wieder hergestellt werden muß.“ Dessen: „Die Arbeiter haben auch eine Ehre, die aber schon sehr oft beschmutzt wurde, ich bitte darüber die Zeugen hören zu wollen.“ Rechtsanwalt Reinhold: „Es sind in der betreffenden Versammlung noch mehr Beleidigungen gefallen, z. B. die Fabrik gleiche einem Zuchthaus!“ Dessen: „Ja, das ist ja auch wahr, darüber trete ich sofort den Wahrheitsbeweis an, daß diese Fabrik in mancher Beziehung einem Zuchthaus gleich.“ — Anwalt kommt es noch zu einem erregten Zwischenfall; nachdem Dessen u. a. darauf hingewiesen, daß er den Direktor Weirer brieflich zu der Versammlung eingeladen habe und daß er das nämliche auch in dessen Anwesenheit gesagt hätte, meint Rechtsanwalt Reinhold ganz im Sinne seines reaktionären Mandanten: „Meine Herren denken Sie sich, diese Zumutung; der Herr Dessen als sozialdemokratischer Agitator läßt den Herrn Direktor ein, in eine Arbeiterversammlung zu kommen!“ Dessen: „Das ist wieder das alte Mittelchen der Arbeiterbewegung gegenüber, daß man bei Gelegenheit mit dem „sozialdemokratischen Agitator“ ins Feld rückt, um die Sache im Vorhergehenden zu diskreditieren, bzw. den Angeklagten ins Unrecht zu setzen. Ich stand in der betreffenden Fabrik nicht als sozialdemokratischer Agitator, sondern als Beamter des Textilarbeiterverbandes, als welcher ich die Pflicht habe, die Interessen der Textilarbeiter energisch wahrzunehmen. Ich bin mit keiner Beleidigung bewußt, sollte ich aber schließlich zu weit gegangen sein, dann beantrage ich den Schutz des Gesetzes betreffend Wahrung berechtigter Interessen.“ Nach längerem Hin und Her und nachdem der Anwalt mit dem Direktor telephonisch gesprochen hatte, kam folgender Vergleich zu stande: „Beklagter erklärt, daß er nicht die Absicht gehabt habe, den Kläger zu beleidigen; sofern von seiner Seite beleidigende Ausdrücke gefallen sein sollten, nimmt er sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück, trägt die Kosten und gestattet die Veröffentlichung des Vergleiches in der „Schwäbischen Volkszeitung“ und in der „Augsburger Abendzeitung.“ Außerdem gibt der Vertreter des Klägers die Erklärung ab, daß die vom Direktor gestellten Zeugen und die Kosten des klägerischen Anwaltes dem Beklagten nicht zur Last fallen. — Damit konnte Dessen zufrieden sein, der moralisch Geschlagene bleibt aber nach wie vor der Direktor Weirer und sein System.

## Aus Unternehmerkreisen.

Der Bund der Industriellen und die Arbeitszeit. Der Bund der Industriellen hat eine Eingabe an die Regierung beschlossen, worin grundsätzlich gegen die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit für Männer, gegen die Verkürzung der Arbeitszeit für Frauen von elf auf zehn Stunden und für Erweiterung der Ausnahmestimmungen für Saison- und Sonntagsarbeit eingetreten werden soll. Austritt des Fabrikantenvereins der Silderei- und Spinnereifabrikanten aus dem Zentralverbande Deutscher Industrieller. Der Fabrikantenverein der Silderei- und Spinnereifabrikanten, dem gegenwärtig 241 Mitglieder angehören und dessen Vermögen auf 12441 Mk. geschätzt ist, hat in seiner vor einigen Tagen abgehaltenen Jahreshauptversammlung beschlossen, aus dem Zentralverbande Deutscher Industrieller auszutreten, weil, wie die Verhandlungen über den neuen deutschen Zolltarif gezeigt hätten, die Interessen der sildereifabrikanten- und Spinnereifabrikanten und der im genannten Zentralverbande hauptsächlich vertretenen sogenannten schweren Industrien in wesentlichen Punkten auseinandergehen.

## Patent-Bericht.

Mitgeteilt vom Patentanwalt Dr. Felix Buchs, dipl. Chemiker, und Ingenieur Alfred Samburger, Wien VII, Liebensteingasse 1. Auskünfte in Patentangelegenheiten werden Abonnenten dieses Blattes unentgeltlich erteilt; gegen die Erteilung unten anzuführen.

Patentanmeldungen kann binnen zweier Monate Einspruch erhoben werden. Zusätze aus den Patentbeschreibungen werden von dem angeführten Patentanwaltsbureau angefertigt.

### Deutsches Reich:

Einspruchfrist bis 18. Juli 1905.

Nr. 8b. Kattigler & Clerc-Renaud, Lyon. — Walzenbrechmaschine für Gewebe.  
Nr. 8m. J. P. Bemberg, Akt.-Ges., Barmen-Altershausen. — Verfahren zur Herstellung eines gemischten, einfarbig färbaren Gewebes aus Baumwolle und Kunstseide.  
Nr. 86c. The Automatic Loom Company, London. — Schußfäherichtung für Webstühle.  
Nr. 86c. Karl Renges, No de Janeiro. — Vorrichtung zum Aufhängen der Gabelschleife für Webstühle mit feststehenden Schußpulern und Greiferschlingen.

### Oesterreich:

Einspruchfrist bis 15. Juli 1905.

Nr. 81a. Sove, Gustav, Fabrikant in Belfast (Irland). — Damastmaschine mit einzelnen beweglichen Messern und Platinenhebelsystem, dadurch gekennzeichnet, daß zwei doppelreihige Platinen für jeden Bindungsapparat eine Reihe doppeltreihiger Platinen vorsehen ist, welche von zwei Messern gefaßt werden können, die gleichzeitig nach derselben Seite gewendet werden und von denen das eine diejenigen in den Bindungsapparat von Grund und Figur gleichförmigen Platinen, welche für die Figur gefaßt bleiben, für den Grund bedi.  
Nr. 86a. The Textile Appliances Limited and Carver, Thomas Albert Briggs, Ingenieur, beide in Glasgow. — Jacquardmaschine: Behufs Einfügung von Bindungen in die Figur bez. in den Grund sind längsverchiebbare, mit Ausschnitten oder Nischen versehen, längsverchiebbare Messer können zur Erzeugung einer zweiten Bindung Typbar eingerichtet sein.

### Erteilung:

Nr. 86b. Stephan Atlas, Webermeister in Pabianice bei Lodz (Rußland). Webstuhlschneid. Pat.-Nr. 20612.

## Literarisches.

Bei der Redaktion eingegangene Schriften u.:

Protokoll vom preussischen Parteitag 1904. Preis 30 Pfg.  
Die Internationalen. Von Gustav Jauch. Preis 1,50 Mk.  
Europa. Wochenschrift für Kultur und Politik. Preis pro Heft 25 Pfg.  
Alkohol als Krankheitsursache. Von Dr. med. N. Fröhlich, Wien. 3. Bändchen. Preis 15 Heller.  
Anarchismus und Sozialismus. Von Georg Plechanow. Preis 40 Pfg.  
Die preussische Volksschule und die Sozialdemokratie. Von Dr. Leo Krons. Preis 20 Pfg.  
Die Schulfuge. Referat von Alara Jettin. Preis 15 Pfg.  
Nichtung, Bombe! Schwant von E. Dessen. Preis 1 Mk.  
Ahnungsberg. Der Geheimbund des Jaren. Von Kurt Eisner. Preis 20 Pfg.  
Das Arbeiterrecht. Von Arthur Stadthagen. Preis pro Heft 20 Pfg.  
Dokumente des Sozialismus. Von Ed. Bernstein. Preis pro Heft 75 Pfg.  
Die Neue Zeit. Preis pro Heft 25 Pfg.  
Die Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Preis pro Nr. 10 Pfg.  
Wider die Pfaffenheererei. Preis pro Heft 20 Pfg.  
In freien Stunden. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Preis pro Heft 10 Pfg.  
Die Lage der Gasarbeiter im Lichte des Siemens-Prozesses. Von Gustav Klum. (Gesellschaftsbericht des Verbandes der Gasarbeiter, Berlin O. 17. Gohlstr. 20. Preis 30 Pfg.)  
Walden des Internationalen Arbeiteramts, Band 3, Nr. 8. Erscheint monatlich. Abonnementspreis der deutschen Ausgabe 7,00 Mk. jährlich. Süddeutscher Postklub. Preis 10 Pfg.  
Arbeitergesundheits-Bibliothek, Heft 6: Das Schulkind. Von Dr. H. Silberstein. Preis 20 Pfg.  
Kommunale Praxis, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeinde-Sozialismus. Preis pro Vierteljahr 3 Mk.  
Zarftverträge im Steinbergergewerbe.  
Dürerbund. Herausgegeben vom Dürerbund.  
Der soziale Generalstreik. Von Arnold Rölller. (Verlag: Gustav Gladaß, Berlin.)  
Führer durch die Landgemeine-Ordnung. Preis 30 Pfg.  
5. Geschäftsbericht des Arbeiter-Sekretariats Halle u. S.  
Das Vereins- und Versammlungsrecht in Deutschland. (Verlag: „Vorwärts“.)  
Jahresbericht des Arbeitersekretariats Nürnberg auf das Jahr 1904.  
Schillerfestblatt. Preis 15 Pfg.  
Der beste Wunsch. Dramatisches Märchenstück in drei Aufzügen. Von Runo Kibegahl. Preis 1,50 Mk.  
Der Bergarbeiterstreik und die Untersuchungskommission. Eine kritische Nachlese, herausgegeben vom Vorstande des deutschen Bergarbeiterverbandes.  
Beachtungen. Erste und zweite Vortragsgedichte für Arbeiterfeste.  
Die Neue Gesellschaft. Sozialistische Wochenschrift. Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun und Alh. Braun.  
Die Hohenzollernlegende. Fortsetzung der im Verlage „Vorwärts“ unter dem zusammenfassenden Titel erscheinende Werke „Kulturbilder“. Preis pro Heft 20 Pfg.  
Jahresberichte der Gauverbände des deutschen Holzarbeiterverbandes auf das Jahr 1904.  
6. Jahresbericht des Arbeitersekretariats Frankfurt a. M.  
Geschäftsverträge und Geschäftsverhältnisse. Von Dr. Ernst Gebert. Berlin. Preis 20 Pfg.  
Anate und Komde. Von Ernst Klax. Nieder und Gefänge für ein freies Rußland. Preis 50 Pfg.  
Zu beziehen durch E. Reicherts Buchhandlung, Chemnitz, Wexstr. 14.

## Zentralverband Deutscher Textilarbeiter.

Kempten. Abhanden gekommen ist das Mitgliedsbuch Stammmummer 216314, lautend auf den Namen Adolf Havel, geb. den 14. Mai 1882 in Ober-Cereges (Böhmen), einget. den 6. Febr. 1903 in Kempten. Bei Austausch desselben werden die Ortsverwaltungen ersucht, dasselbe einzulösen und dem Vorstehenden der Filiale Kempten zu übersenden.

Magdeburg. Reiseunterstützung wird hier nicht mehr ausgehollt. Sangesblau. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß Sonntag den 18. Juni die Mitgliederbücher eingezogen werden. Wichtiger Hinweis ist es, die Bücher in Ordnung bereitzuhalten, damit den Unterstellten die Arbeit erleichtert wird. Der Vorstand.

Regensburg (Westfalen). Verteilung der Einzelmitgliedsbücher des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Regensburg ist jetzt die Wirtschaft Müntz, Viktoriastraße Nr. 48. (Unter dem Namen „Schöpfung“.)

Guben. Schlichte die Filiale betreffende Zuschriften sind zu richten an Bruno Ills, Schöpfungstraße 1a.

## Versammlungskalender.

### Versammlungen des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter:

Mitteleben. Sonnabend den 10. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Kronprinz“ (Neue Welt).

Kuerbach i. B. Sonnabend den 10. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Bürgergarten“.

Augsburg-Dechhausen. Sonnabend den 10. Juni in der „Weißen Hofe“.

Apolda. Sonnabend den 10. Juni im „Vorwärts“.

Barmen. Sonnabend den 10. Juni, abends halb 9 Uhr, bei Heinrich Luthardt, Parlamentstr. 5.

Bayreuth. Sonnabend den 10. Juni in der „Zentrallhalle“.

Blombach. Sonntag den 11. Juni, nachmittags 5 Uhr, bei Wwe. Jäger.

Bunzlau. Sonnabend den 10. Juni, abends 8 Uhr, in der „Hoffnung“.

Coesfeld. Sonnabend den 10. Juni, abends halb 9 Uhr, im Verbandslokal.

Datteln. Sonntag den 11. Juni, nachmittags 5 Uhr, bei Seibel, An der Bahn.

Eisenach. Sonnabend den 10. Juni bei Klaf.

Eisenberg. Sonnabend den 10. Juni.

Erlangen. Sonnabend den 10. Juni, im „Deutschen Hof“ (Kruppenstein).

Friedland. Donnerstag den 8. Juni bei Altens (Füllentümer).

Göhring. Sonnabend den 10. Juni, abends 9 Uhr, im „Festern Bild“ (Birkner).

Hannover-Binden. Sonnabend den 10. Juni, abends 8 Uhr, bei Korte, Linden, Pavillonstr. 2.

Kempen (Mhnl.). Montag den 12. Juni, abends 8 Uhr, in der „Königsburg“.

Kuchen. Sonnabend den 10. Juni bei Johann Brängel.

Landeshut. Mittwoch den 7. Juni, abends 8 Uhr, in der „Sonne“.

Langesfeld. Sonnabend den 10. Juni im „Schloßkeller“.

Neuwert. Sonntag den 11. Juni, vormittags 11 Uhr.

Planen i. B. (Schiffenklider.) Sonnabend den 10. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Schillergarten“.

Rudolf. Montag den 5. Juni, abends 9 Uhr, im „Stadt Altenburg“.

Selach. Sonnabend den 3. Juni, abends 8 Uhr, bei W. Kaiser.

Schwelm. Sonntag den 11. Juni, nachm. 2 Uhr, bei Müller, Barmer Straße.

Sommerfeld. Sonnabend den 10. Juni, abends 9 Uhr, im „Kurfürstensaal“.

Sorau. Sonntag den 11. Juni, nachm. 3 Uhr, in der „Eile“.

Triebs. Sonnabend den 10. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Thüringer Hof“.

Wegefeld. Dienstag den 13. Juni, abends 8 Uhr, im „Livol“.

## Sonstige Zusammenkünfte.

Boholt. Sonntag den 11. Juni, vorm. 11 Uhr, im „Bayerischen Hof“: Zusammenkunft der Einzelmitglieder.

Reichenau. Jeden dritten Sonnabend im Monat, abends halb 9 Uhr, im „Hilf“: Jablabend.

Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig.

## Briefkasten.

Maximilian 208 794. Wir sind im Augenblick selber nicht in der Lage, Ihnen anzugeben, wo Druckmaschinen, Einzelheften und ähnliche Werkzeuge zu haben sind. Vielleicht gibt uns einer unserer Leser darüber Auskunft, sobald wir es Ihnen dann mitteilen können.

### Auktion.

Für den Agitationsfonds aus Friedland durch H. Reichelt Chemnitz W. 1. 90 erhalten. Paul Wogner.

## Achtung!

Das 11. Stadtbader Sommerfest findet am Pfingstmontag im Lokale des Wirtes Anton Cronen, Wexstr. 14, statt. Gartenkonzert, Rinderbesichtigung, Damenpiel und Ball. Entree für gewerkschaftlich organisierte 25 Pfg. Der Vorstand.

## Chemische und Farben-Fabrik

Wir stellen in Fabriken, Appreturanstalten usw. gut bekannten und eingeführten farbigen Stoffen als Vertreter. Praktisch erfahrene Farben, Färber oder Appreteure, erhalten den Vorrang. Offerten unter L. S. 2246 an Rudolf Mosse, Leipzig, erb.

Wir wollen, zwei noch fast neue, eingebundene Werke billig zu verkaufen: 1. Poststation, 15 Mk.; 2. Welt-Schöpfung und Welt-Untergang, 2,50 Mk. Karl Reimann, Rolporteur, Mühlentwälderstr.



Deutsche geschlossenen Roland-Fahrräder und Motorräder auf Wunsch zu Teilszahlung. Anzahlung bei Fahrradern 20-40 Mk. Abzahlung 7-10 Mk. monatlich. Bei Barzahlung liefern wir schon von 65 Mk. an. Fahrradkoffer sehr billig. Man verlange Katalog unpost. Roland-Maschinen-Gesellschaft, La. C. 288.

## Leipzig.

Unter langjähriges eifriges Verbands-Mitglied

### Friedrich Schilling

verstarb am 27. Juli 1905 nach längerem und schwerem Leiden. Alle rechtliche „Ruh“ erwies sich an ihm nutzlos. Wir werden ihn stets in ehrendem Andenken behalten.

Der Vorstand.

### Gestorben:

Selzig. Am 27. Mai Verbandsmitglied Friedrich Schilling. Erhe seinem Angehörigen!

Inhalt (Hauptblatt): Streitkräfte. — Aktion. Mitglieder der Ortsverwaltungen! — Zum Streit der Berliner Teppichweber. — Mitteilungen aus Sachreisen. — Parlamentarische Bewegung. — Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. — Gewerkschaftliche Sozialen. — Persönliches. — Aus Unternehmerkreisen. — Patentbericht. — Literarisches. — Verbands-Mitteilungen. — Versammlungskalender. — Auktion. — Briefkasten. — Theater. — Totenliste. — (Beilage): 5. Deutscher Gewerkschaftskongress. — Mitteilungen aus Sachreisen.

Verleger: Hermann Wiegand, Dresden. — Redakteur: Paul Wogner, Chemnitz. — Drucker: Bandgraf & Co., Chemnitz.

Sterzu eine Beilage.

# Beilage zu Nr. 22 des Textil-Workers.

Chemnitz, Freitag den 2. Juni 1905.

## Fünfter deutscher Gewerkschaftskongress.

Röln a. Rh., 22. Mai.

In der Nachmittagsstunde wird die Debatte über den Vorstandsbericht beim Punkte Agitation fortgesetzt. Es sprechen noch Sabath, Berlin, Dentshal, Hamburg, Schwarz, Danzig, Kloth, Berlin, Veitel, Berlin, Legten, Berlin, Lange, Berlin, Fräulein Grünberg, Berlin, Frau Lieg, Berlin, Cohen, Berlin, Bümelburg, Fräulein Baader, Keller, Berlin, Deinhardt, Stuttgart, Simon, Nürnberg, Legten.

Nach persönlichen Bemerkungen von Umbreit (gegen Leutel), Sabath (gegen Keller), Cohen (gegen Fräulein Baader) werden in der Abstimmung die Anträge auf den Bau von Gewerkschaftshäusern der Generalkommission überwiesen.

Vorl. Bümelburg: Jetzt ist es ihre Sache, was sie damit macht! (Seiterleit.) Die Anträge auf Umstellung von Arbeitersekretären, sowie der nächsten Zusammenkunft der Gewerkschaftsvorstände, ferner die Anträge auf bessere Agitation (im sächsischen Erzgebirge, unter den Italienern) werden für erledigt erklärt durch die statutarische Tätigkeit der Generalkommission. Der Antrag auf Herausgabe von Broschüren gegen die Christlichen usw. wird glatt mit großer Mehrheit abgelehnt, ebenso die Resolution der Schneider, nachdem der Antrag auf namentliche Abstimmung 29 statt der erforderlichen 30 Stimmen Unterstützung gefunden hat. (Große Seiterleit.) Aus der Frauenresolution, werden mit großer Mehrheit die Klauseln über den „gleichen Beitrag“ und die „öffentlichen Agitationsversammlungen“ gestrichen; im übrigen wird die Resolution wie der Antrag der Tabakarbeiter über die Organisation der Frauen durch ihre Männer und Väter angenommen.

Zum nächsten Teile des Vorstandsberichts: Streitunterstützung und Streitreue, liegen zahlreiche Anträge vor. Die einen wollen, daß die Generalkommission dem nächsten Kongress das Statut einer gemeinsamen Unterstützungsstufe für außergewöhnlich große Streiks vorlege, die anderen meinen schon jetzt ein solches Statut vor, und die dritten fordern mindestens, daß bei den öffentlichen Sammlungen für Streikende allein die Generalkommission das Recht der Kontrolle und der Verwendung der Uebereschüsse hat.

Dronsel, Berlin (Töpfer): 1900 kam unser Verband durch die großen Streiks zu Veltin und Dresden an den Rand des Verderbens. Er ging aus dem Streik mit Bergen von Schulden, der Weberverband mit Bergen von Gold. Das jetzige System ist längst unhaltbar.

Hübisch, Berlin (Textilarbeiter): Wir haben bei dem jetzigen Sammelverfahren unsern Vorteil gefunden, aber verworfen es doch. Wir haben uns nach dem Crimmitschauer Streik redlich Mühe gegeben, das Geld, das übrig blieb, andern Streikenden zu gute kommen zu lassen. Die Textilarbeiter sind ja arm und können nicht viel für andre sammeln; aber wenn der Kongress erklärt, daß es nicht so weiter gehen soll wie bisher, so haben wir einen günstigen Standpunkt gegenüber unseren Mitgliedern in der Frage der Beitragsverteilung.

Sächse, Bochum (Bergarbeiter): Die jetzigen Zustände haben zu einer Katastrophe geführt, die nicht noch drei Jahre länger dauern darf. Deshalb muß schon dieser Kongress die Entscheidung treffen. Wenn der Textilarbeiter ein Wortwort daraus gemacht wird, daß sie beim Crimmitschauer Streik den Uebereschuß für sich behalten haben, so muß beim Bergarbeiterstreik die Gewerkschaftsartikelle der gleiche Wortwort. Nach jetzt haben sie den Uebereschuß der Sammlungen nicht an uns abgegeben. Einzelne haben sogar noch direkt Unterstützung an die Arbeiterparteien geschickt, sobald einer 22 Mr. Unterstützung bekam. Wir wollen keinen Uebereschuß machen; was wir übrig behalten, liefern wir an die Generalkommission zurück. (Bravo!)

Nach Verlesung von Begrüßungs-Telegrammen aus Kaiserslautern, Straßburg, Düsseldorf, Hamburg und vom ungarischen Gewerkschaftsrat wird die Wetterberatung auf Dienstag morgen 8 Uhr vertagt.

### Zweiter Verhandlungstag.

Kurz nach 8 Uhr eröffnet Bümelburg die Sitzung. Zunächst erstattet die Wandlungsprüfungskommission Bericht.

Maffini, Berlin (Buchdrucker) bittet als Berichterstatter, alle Mandate für gültig zu erklären und der Kommission für ihre ganz besonders mühsame Arbeit ganz besonderen Dank abzustatten. (Große Seiterleit.)

Die 215 eingereichten Mandate werden für gültig erklärt.

Der Kongress setzt die Erledigung seiner Tagesordnung fort. Er befindet sich beim Punkte Streitreue und Streitunterstützung inmitten des Vorstandsberichts. Drei Gruppen von Anträgen sehen mit zur Debatte. Die eine will die bisherigen Bestimmungen für große Gewerkschaftskämpfe durch ein festes Beitragsystem ersetzen, für das sie ein Statut vorlegt. Die zweite Gruppe von Anträgen will die Ausarbeitung dieses Statuts erst nach den Vorschlägen der Generalkommission auf dem nächsten Kongress vornehmen. Die dritte Gruppe bezieht sich darauf, anzuordnen, daß Uebereschüsse aus derartigen Sammlungen der Gewerkschaftskommission vorbehalten und zum Grundstock eines außerordentlichen Kampffonds werden sollen.

Es sprechen Schwarz, Danzig, Eichhorn, Karlsruhe, Hüttmann, Frankfurt a. M., Behrendt, Hamburg, Vorholz, Stuttgart, Gerstle, Dresden, Kirchner, Berlin, Reichel, Stuttgart, Schumann, Berlin, Rüdiger, Berlin, Wollmann, Charlottenburg, Steinbrink, Elberfeld (Textilarbeiter), Leipart, Stuttgart, Schleef, Hamburg, Böller, Frankfurt a. M., Knoll, Berlin, v. Elm, Hamburg, Polorny, Zwickau, Sächse, Bochum, Schneider, Hannover, Cohen, Berlin, Döblin, Berlin.

In der Abstimmung werden folgende prinzipielle Richtlinien angenommen:

1. Der Kongress macht es allen Gewerkschaften zur Pflicht, ihre regelmäßigen Beiträge so hoch festzusetzen, daß sie auch größeren Anforderungen gegenüber die finanzielle Selbstständigkeit sichern, und bei der Beschaffung über Streiks sich immer im Rahmen der eigenen Leistungsfähigkeit zu halten. (Einstimmig.)

2. Die Generalkommission erhält das Recht, in Verbindung mit den Zentralverbänden in ganz besonderen Fällen Sammlungen auszusprechen. (Einstimmig.)

3. Die Sammlungen sollen möglichst durch Extrabeiträge aufgebracht werden. (Gegen zahlreiche Stimmenenthalten.)

4. Die Generalkommission wird Zentralstelle für die gesammelten Gelder. (Gegen eine große Minderheit.)

Die Frage, ob auch die Partei Sammelstellen ausgeben soll, wird einer Vereinbarung der Generalkommission mit der Partei überlassen.

Zur Ausarbeitung der gefassten Beschlüsse wird eine Kommission von 15 Mitgliedern ernannt (2 für die Bau-, 2 für die Metall-, 2 für die Holz-, 2 für die Bekleidungs- und 2 für die Nahrungsmitteleindustrie, je 1 Mitglied für die graphische Industrie, die Transportarbeiter, die Bergarbeiter, die Fabrikarbeiter und die

übrigen Gewerbe). Die Wahl selbst findet nach der Mittagspause in den Abteilungen statt.

Die in der Vormittagsstunde beschlossene Fünfzehner-Kommission wird aus folgenden Delegierten gebildet: für das Baugewerbe Paepow und Brinmann; für die Metallindustrie Reichel und Bräuner; für die Holzindustrie Leipart und Winkelmann; für die Bekleidungsindustrie Stähler und Hübisch; für die Nahrungs- und Genussmittelbranche Ostertag und Heschold; für die graphischen Gewerbe Döblin; für die Bergarbeiter Polorny; für die Fabrikarbeiter Reichel; für die Transportarbeiter Schumann und für die übrigen Berufe Mahler (Leberarbeiter). — Die Kommission zieht sich zurück und konstituiert sich.

Der Kongress wendet sich inzwischen der Frage des Heimarbeiterschutzes und der Abschaffung des Kost- und Logiszwanges beim Meister zu.

Stähler, Berlin (Schneider) empfiehlt folgende Resolution, die auf die Beschlüsse des Heimarbeiterschutzeskongresses Bezug nimmt:

„Der fünfte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erklärt: Die Forderungen des Heimarbeiterschutzeskongresses in Berlin an die Gesetzgebung sind das Minimum dessen, was zum Schutze der Heimarbeiter verlangt werden muß. Es hat den Anschein, daß die Reichsregierung gar nicht gewillt ist, diese Materie gesetzlich zu regeln, weil sie trotz aller Erhebungen bis jetzt dem Reichstage noch nicht einmal einen Heimarbeiterschutzesentwurf unterbreitet hat. Die Arbeitervertreter im Reichstage werden aufgefordert, die Regierung fortgesetzt an ihre Pflicht zu erinnern bezw. einen selbständigen Gesetzesentwurf einzubringen.“

Ferner verpflichtet der Kongress sämtliche Gewerkschaften, nach Kräften alle Bestrebungen zu unterstützen, die geeignet sind, eine Besserung der elenden Zustände in den Heimarbeitersindustrien herbeizuführen.“

Hübisch, Berlin (Lagerhalter) schlägt folgende Resolution vor:

„Der Kongress erklärt: Die Bekämpfung und schließlich Beseitigung des Kost- und Logiszwanges liegt im Interesse der gesamten Arbeiterschaft.“

Für die Arbeiter der kleinen Betriebe bildet der bestehende Kost- und Logiszwang die hauptsächlichste Ursache ihrer Rückständigkeit. Die großen Schwierigkeiten, welche sich bei der Heranziehung solcher Arbeiter zu ihren Berufsorganisationen ergeben, finden ihre Erklärung hauptsächlich in dem Abhängigkeitsverhältnis, in welches die beim Meister wohnenden Gehilfen zu diesen geraten.

Die Annahme, daß die kleinen Betriebe und damit das Wohnen beim Meister langsam im Abnehmen begriffen seien, wäre schon an sich verfehlt, denn Zwergbetriebe werden in absehbarer Zeit noch in fast allen Industriezweigen — und sei die Zentralisation der Betriebe im allgemeinen noch so weit vorgeschritten — nebenher weiterbestehen; vor allem trifft dies zu für die mittleren und kleinen Städte. Der Kost- und Logiszwang ist aber keineswegs beschränkt auf die Kleinbetriebe, sondern auch die moderne Großindustrie hat sich dieses veraltete System zu nütze gemacht; die modernen Grundbesitzer unserer heutigen Industrie, die Bergwerksbesitzer, die großmächtigen Eisen-, Woll- und Ledermagnaten usw. bedienen sich in steigendem Maße der Errichtung von Arbeiterwohnhäusern, um sich durch diese „Wohlfahrtsanstalten“ eine abhängige, widerstandsunfähige, und billige Arbeitermasse zu sichern.

Die Arbeiterinnen, die Ledigenheime, die Arbeiterkolonien und sonstige von sog. christlichen oder humanitären Gesellschaften errichteten und als Arbeiterwohlfahrtsanstalten bezeichneten Anstalten wirken, bewußt oder unbewußt, häufig in der gleichen Richtung.

In hygienischer und sanitärer Beziehung entsprechen die vom Unternehmer dem Arbeiter angewiesenen Wohnungen in den allermeisten Fällen nicht den beherrschenden Anforderungen. Vom kulturellen, gesundheitlichen und sittlichen Standpunkte aus ist daher der Kost- und Logiszwang beim Unternehmer zu bekämpfen.

Als die geeigneten Mittel zur Bekämpfung des Kost- und Logiszwanges empfiehlt der Kongress: Durch Vorträge in Gewerkschaftsversammlungen und geeignete Artikel in der Presse sind die Arbeiter selbst über das Kulturwidrige und Entwürdigende dieses Systems aufzuklären. Aber auch das konsumierende Publikum ist in Wort und Schrift auf die gesundheitsschädlichen, oft ekelregenden Zustände, die sich häufig genügt als indirekte Folge des Kost- und Logiszwanges in den Betrieben der Nahrungs- und Genussmittel-Industrie ergeben, aufmerksam zu machen. Denselben Zweck haben die von den Berufsorganisationen aufzunehmenden Erhebungen, bei denen auch die Photographie mit Vorteil angewendet werden kann, zu dienen.

Bei jedem Streik von Arbeiterkategorien, bei denen der Kost- und Logiszwang ganz oder teilweise noch vorherrscht, ist die Forderung auf die Beseitigung desselben zu stellen.

Schließlich ist auf Grund des vorhandenen und noch zu sammelnden Materials in systematischer Weise die öffentliche Meinung, die Volksvertretung und die Regierung zu beeinflussen, damit eine Aenderung der Gesetzgebung herbeigeführt wird, dahingehend, daß die Unternehmer verpflichtet sind, die Löhne ihrer Arbeiter in Reichswährung zu berechnen und in bar auszuzahlen. Bis eine endgültige Regelung dieser Materie erfolgt, fordert der Kongress die Gewerkschaftsorganisationen, einschließlich der Gewerkschaftsartikelle, auf, für strikte Einhaltung der bestehenden behördlichen sanitären Vorschriften Sorge zu tragen, beziehungsweise auf Schaffung solcher zu bringen.

Indem der Kongress die Kommission für Beseitigung des Kost- und Logiszwanges mit der Erfüllung aller dieser Aufgaben betraut, erklärt er es als eine unbedingte Notwendigkeit, daß die der Kommission noch fernstehenden gewerkschaftlichen Verbände, soweit deren Angehörige ganz oder teilweise von dem Kost- und Logiszwang mit betroffen werden, dieser beitreten und sie materiell unterstützen.“

In der Abstimmung wird die Resolution Stähler und ein Antrag Wiesbaden, beim Bundesrat die Ausdehnung der Alters- und Invalidenversicherung auf die Heimarbeiter zu fordern, einstimmig angenommen. Auch die Resolution über den Kost- und Logiszwang wird, nach dem Antrage modifiziert, einstimmig angenommen. Die Generalkommission wird beauftragt, die Kommission im Bedarfsfalle zu unterstützen und nach Bedarf und Gelegenheit wieder einen Heimarbeiterschutzeskongress einzuberufen.

Es folgt als letzter Punkt des Vorstandsberichts das „Korrespondenzblatt“. Verbunden damit wird Punkt 3 der Tagesordnung: Bericht über das Zentralarbeitssekretariat.

Zum „Korrespondenzblatt“ liegen nur zwei Anträge vor; der eine wünscht eine Verlegung des Zeitpunktes für die Veröffentlichung des Adressenverzeichnisses. Der Antrag wird nach entgegenkommenden Erklärungen von Legten und Umbreit der Generalkommission überwiesen. Ein Antrag Döblin wünscht größeres Aufsehen und größere Billigkeit des „Korrespondenzblattes“. Legten erklärt, daß es in beliebiger Zahl umsonst an die Gewerkschaften geliefert werde. (Seiterleit.) Der Antrag wird zurückgezogen.

Nach einer Pause von zehn Minuten erstattet der Reichsarbeitssekretär Robert Schmidt, Berlin sein Referat. Der Redner verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht und greift dann aus seiner praktischen Tätigkeit Mängel der Versicherungs-gesetzgebung heraus: Den Arbeitern fehlt meist die Rechtskenntnis, da die Schule sie ihnen nicht gibt. Auch ist fast kein Rechtsgebiet so kompliziert wie das Arbeiterrecht. Darin liegt Grund und Bedeutung der rasch zunehmenden Arbeitersekretariate. Ihre Hauptaufgabe ist Rechtsbelehrung und Unterstützung in Ansprüchen aus der Versicherungs-gesetzgebung. Sind doch Unzählige Invalide und Kranke, nur noch in der Lage, unentgeltlich Rechtsbeistand zu nehmen. Auch vor dem obersten Gericht haben Sie jetzt in dem Zentralarbeitssekretariat eine Vertretung geschaffen. Ihre Nützlichkeit hat sich nach verschiedensten Richtungen hin bemerkbar gemacht.

Bei der Gründung des Reichsarbeitssekretariats ist beabsichtigt worden, es werde bei seiner Tätigkeit Schwierigkeiten bei den Behörden finden. Das ist nicht eingetreten. Seine Stellung kann für absehbare Zeit als gesichert gelten. Durch die Schaffung des Reichsarbeitssekretariats haben die Gewerkschaften wieder gezeigt, daß sie den Arbeitern Schutz und Stütze in gefunden wie in tranken Tagen. (Allseitiger anhaltender Beifall.)

Eine Diskussion wird nicht gewünscht. Die Entlastung der Generalkommission und der zugehörigen Institute wird einstimmig beschlossen.

Die Punkte: Generalsekretär und Reiseleiter werden zurückgestellt, da morgen die Hamburger Delegierten Bümelburg, Paepow, Grünwald und Schaumburg zur Verhandlung der Bürgerchaft über die Wahlrechtsänderung beurlaubt werden. Die morgige Verhandlung beginnt also mit Punkt 6: Gewerkschaften und Genossenschaften.

Nach Verlesung von Glückwunschtelegrammen aus Nürnberg, Hamburg und vom internationalen Diamantearbeiterkongress schließt Bümelburg gegen 6 Uhr die Sitzung.

### Dritter Verhandlungstag.

Verhandelt wird über „Gewerkschaften und Genossenschaften“. Referent ist Reichstagsabgeordneter A. v. Elm.

Die vom Referenten vorgeschlagene Resolution lautet:

„Der Gewerkschaftskongress erblickt in der Organisation des Konsums durch die Genossenschaften ein Mittel zur Erhöhung des Lebenshaltung und der genossenschaftlichen Erziehung des Volks und hält es deshalb im Interesse des Proletariats für geboten, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen durch ihren Beitritt zu den Konsumvereinen und Propagierung der genossenschaftlichen Ideen die Genossenschaftsbewegung in Deutschland aufs tatkräftigste unterstützen. Der Kongress verpflichtet namentlich die Gewerkschaftsmitglieder in den Konsumvereinen, das Bestreben zu fördern, auf Grundlage des organisierten Konsums zur eignen Produktion der Bedarfsartikel der großen Masse der Konsumenten zu schreiten.“

Die Eigenproduktion der Konsumvereine und ihrer Großverkaufsgesellschaft kann in Deutschland wesentlich dazu dienen, für die gewerkschaftlichen Bestrebungen vieler Berufe einen Stützpunkt und einen Rückhalt zu bieten, dadurch, daß genossenschaftliche Großbetriebe mit miserhaften sanitären Einrichtungen geschaffen werden. Hierzu hält der Kongress die Genossenschaften aus eigenem Interesse für verpflichtet, daß durch die Tätigkeit der Gewerkschaften die Konsumkraft des Volkes erhöht und in weiterer Folge die Konsumvereinebewegung gefördert wird.

Zunächst erachtet der Kongress im Interesse sowohl der Gewerkschaften, als der Genossenschaften, daß ein freundschaftliches Gegenverhältnis zwischen beiden Bewegungen pläzierte und tiefergehende Differenzen sowie unfreundliche Auseinandersetzungen vermieden werden. Der Kongress hält es deshalb im Interesse der Genossenschaften für geboten:

1. daß dieselben die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise in erster Linie berücksichtigen;

2. gewerkschaftliche Tarife und Forderungen allgemeinen Charakters, welche nicht nur an die Genossenschaften gerichtet sind, und für welche die betr. Gewerkschaft die Garantie übernimmt, dieselben auch für einen größeren Teil der in anderen als genossenschaftlichen Betrieben arbeitenden Berufsangehörigen in kürzester Frist durchzusetzen, ohne weiteres anzuerkennen;

3. bei ihren Einkäufen grundsätzlich die in Zuchthäusern, Straf-anstalten und zu Hungerlöhnen hergestellten Produkte auszusuchen, und Firmen, die ihre Waren gern oder teilweise in der Haus-industrie herstellen lassen, möglichst von der Lieferung auszuschließen. Produktiv-Genossenschaften sind von den Konsumvereinen zu unterstützen, sofern dieselben zur Wahrung gewerkschaftlicher Interessen im Einverständnis mit dem Zentralverband des Berufes gegründet wurden und sie sich verpflichten, ihre etwaigen Uebereschüsse im allgemeinen gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Interesse zu verwenden;

4. bei denjenigen Berufen, in welchen tarifliche Abmachungen zwischen den organisierten Arbeitern und den Fabrikanten bezw. Prinzipalnen bestehen, nur solchen Firmen Aufträge auf Lieferung von Waren und Ausführung von Arbeiten zu geben, welche die Tarife anerkennen, sowie bei Vergebung von Arbeiten an Privatunternehmer resp. bei Bewirtung genossenschaftlicher Betriebe durch Privatunternehmer kontraktlich festzulegen, daß die gewerkschaftlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen von diesen eingehalten werden müssen;

5. bei von den Zentralverbänden und örtlichen Gewerkschaftsartikellen resp. von dem Gewerkschaftsausschuss als berechtigt anerkannten Bonlots die bonlotierten Firmen bei ihrem Warenbezug nicht mehr zu berücksichtigen.

Die gewerkschaftlichen Organisationen verpflichten sich demgegenüber, in Fällen von Bonlots für die weitestgehende Aufklärung des konsumierenden Publikums zu sorgen.

Zur Schlichtung von etwaigen Differenzen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften soll, sofern es sich um rein örtliche Fragen handelt, ein von der örtlichen Gewerkschaftskommission und der betreffenden Genossenschaft aus gleichen Teilen zusammengesetztes Schiedsgericht unter Vorsitz eines unparteiischen Vorstehenden gebildet werden; sofern es sich um Differenzen zwischen einem Zentralverbande und der Gesamtheit der Genossenschaften handelt, soll die Bildung dieses Schiedsgerichts dem Gewerkschaftsausschuss resp. der Generalkommission und dem Vorstand des Zentralverbandes der Konsumvereine obliegen. Der Entscheid dieses Schiedsgerichts soll für beide Teile maßgebend sein und alle Wehrerörterungen über die Angelegenheit vor Fällung des Schiedspruchs vermeiden werden.

Ullmann, Hamburg (Wäcker) beantragt im Interesse der Genossenschaftsbewegung, die oft nach verlorenen Streiks gegründet werden, die Anforderungen an sie im Absatz 3 der Resolution so zu mildern: „Produktgenossenschaften sind von den Konsumvereinen zu unterstützen, sofern dieselben ihre Aufgabe in der Wahrung gewerkschaftlicher Interessen erblicken.“ Mit Rücksicht auf

die kleineren, schwachen Gewerkschaften schlägt der Redner folgende Lösung für den Anfang des Absehens vor: „Bei denjenigen Berufen, in welchen tarifliche Abmachungen zwischen den organisierten Arbeitern und Fabrikanten (den gewerblichen) bestehen, nur solchen Firmen Anträge auf Lieferungen von Waren und Auslieferung von Waren zu geben, welche die Gewerkschaften (hinzu-)gefügt, ihre Tarife und Forderungen anerkennen.“

Schulz (Transportarbeiter) bittet, mit Rücksicht auf den unsozialen Geist in vielen Genossenschaften, auf das Mißtrauen vieler Genossenschaften gegen die Gewerkschaften, die unlieblichen Maßnahmen, die Verpflichtung der Genossenschaften schärfer zu fassen, und zwar so:

1. daß dieselben ihre Arbeitskräfte durch die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise zu beziehen haben;
2. die gewerkschaftlichen Tarife und Forderungen allgemeinen Charakter anzuerkennen;
- im drittletzten Absatz: „Zur Schlichtung von etwaigen Differenzen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften soll, sofern es sich um eine örtliche Angelegenheit handelt, ein von den örtlichen Mitgliedschaften der in Frage kommenden Gewerkschaften und der betreffenden Genossenschaften aus gleichen Teilen zusammengesetztes Schiedsgericht unter Vorsitz eines Unparteiischen gebildet werden; sofern es sich um Differenzen zwischen einem Zentralverband und der Gesamtheit der Genossenschaften handelt, soll die Bildung dieses Schiedsgerichts in gleicher Weise dem Zentralvorstande dieses Verbandes und dem Vorstande des Zentralverbandes der Konsumvereine obliegen. Der Entscheid dieses Schiedsgerichts soll für beide Teile maßgebend sein, und alle Präferenzen über die Angelegenheit vor Fällung des Schiedspruches sollen nemißen werden.“

In der Nachmittags-Sitzung erhält das Schlußwort der Referent Reichstagsabg. v. Elm. Er bittet, sämtliche Zusatzanträge abzulehnen. In der Abstimmung, die vielfach recht unruhig verläuft, werden die Anträge Schulz und Allmann zu 1 mit knapper Majorität abgelehnt, zu 2 mit großer Mehrheit angenommen. Das Schiedsgericht (Antrag Schulz zu 3) wird wie folgt konstituiert: 1. In- und Ausländische Gewerkschaftsvertreter und beteiligter Konsumverein, 2. In- und Ausländische Gewerkschaftsvertreter und beteiligter Konsumverein, 3. In- und Ausländische Gewerkschaftsvertreter und beteiligter Konsumverein (als nicht Generalkommission) und Zentralverband der Konsumvereine.

Es folgt Punkt 7: Aufgaben der Gewerkschaftsartelle in der Gewerkschaftsorganisation. Referent ist der Arbeitersekretär G. Link-Berlin. Er nimmt Bezug auf die Entscheidungen früherer Gewerkschaftskongresse, insbesondere des zu Stuttgart; ferner auf sein eignes Artikel in der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“, den er zur Grundlage seiner ergänzenden Bemerkung macht: Die Gewerkschaftsartelle, die örtlichen Vereinigungen der Gewerkschaften haben bisher vielfach ihre Aufgaben verkannt, sich in Organisationsfragen eingemischt, Kompetenzverletzungen mit den Zentralvorständen hervorgerufen und so nichts geleistet, was im Verhältnis Hände zu den dafür gemachten Aufwendungen. So sollte ihnen das Recht genommen werden, selbständig Sammlungen auszusprechen (Lebhaftes Sehr richtig!) und in Organisationsfragen sich einzumischen.

Dafür sollten sie für die Gewinnung von Lokalen, das Herbergsuchen und den Arbeitsnachweis sorgen, besonders aber allen Fragen des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung die größte Aufmerksamkeit widmen. Sie haben in der Aufgabe, Material zur Anwendung der §§ 120-120e zu beschaffen, in der Vorbereitung der Bahnen zu den Krankenkassen, unteren Verwaltungsbehörden und zu den Kommissionen für Unfallverhütungsvorschriften reiche Tätigkeitsfelder. Auf allen diesen Gebieten hat die Gewerkschaft noch nicht das Erforderliche geleistet. Schließlich können die Kartelle noch Auslandsabende einrichten usw. Wenn die Kartelle diese Aufgabe erfüllen, so werden die notwendigen Ausgaben weit hinter den Nutzen zurücktreten, und wer nicht gleichgültig, äbelwollend oder vornehmig ist, wird anerkennen müssen, daß die Gewerkschaftsartelle innerhalb der Gewerkschaftsbewegung eine große Aufgabe haben. (Bravo!)

Die Anträge, die den Kartellen ein Vertretungsrecht auf dem Gewerkschaftskongress geben wollen, finden keine Unterstützung.

W. Schmidt-Berlin (Gastwirtschaftler) begründet einen Antrag seines Verbandes, den Gewerkschaftsartellen zur Pflicht zu machen, sich auf Ersuchen des Zentralvorstandes diesem zur Einleitung der Agitation zur Verfügung zu stellen, insbesondere, wenn der Zentralverband die Kosten auf sich übernimmt.

Brücker-Berlin (Graveur) klagt über die abweisende Haltung mancher Kartelle gegenüber gerade den kleineren Verbänden. Er empfiehlt den Kartellen die Veranstaltung von Unterrichtskursen.

Timm-München (Schneider) schlägt sich dem Referenten vollkommen an. Er empfiehlt insbesondere den Kartellen, für die Zusammenlegung der Krankenkassen ihre Macht zu gebrauchen. Vor allem aber hält er die Kartelle noch nicht genügend entwickelt seien, ihre Förderung durch Vertretung und Aussprache auf dem Gewerkschaftskongress für notwendig.

R. Schmidt-Berlin (Machsmilch) be dauert gleich Brücker die Zurücksetzung mancher kleiner Verbände durch die Kartelle. Sein Verb. und befehrt durch eine technische Zeitschrift die Mitglieder über die Gefahren der Dampfessel-Explosionen und teilt damit eine Kulturarbeit, die niemand sonst leisten könne. (Ironisches Bravo! bei den Metallarbeitern.)

Remmer-München (Zimmerer) klagt über die Kompetenzüberschreitungen der Kartelle und über die Sammellisten, die von einzelnen Organisations herausgegeben werden.

Saupé-Magdeburg (Kupferstecher) mahnt die Gewerkschaften daran, daß auch sie den Kartellen gegenüber Pflichten haben, nicht nur umgekehrt.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Nach einem kurzen Schlußwort Link wird der Antrag Schulz angenommen, ebenso ein Antrag Anoll, der den Zentralvorständen zur Pflicht macht, die Kartellen zum Anschluß an die örtlichen Gewerkschaftsartelle zu bewegen, sofern sich diese im Rahmen der ihnen durch die Gewerkschaftskongresse zugewiesenen Tätigkeitsgebiete halten.

Es folgt in der um eine Stunde verlängerten Sitzung Punkt 8 der Tagesordnung: Die gewerbliche Vertretung der Arbeiter in Arbeits- oder Arbeiterkammern.

Der erste der beiden Referenten, Redakteur des „Correspondenzblattes“, Umbreit-Berlin, begründet folgende Resolution:

„Der Kongress erwartet von der bevorstehenden Verwirklichung gewerblicher Arbeitervertretungen, daß deren Tätigkeit sich nicht erschöpfen in der Stellung von Anträgen, Abgabe von Gutachten, Erhebung von Beschwerden und in der Mitwirkung bei staatlichen Maßnahmen, sondern daß diese Organe berufen werden, um maßgebend an der öffentlich-rechtlichen Regelung der Arbeitsbedingungen, insbesondere bei der Ausgestaltung, Durchführung und Beaufsichtigung des Arbeiterschutzes, sowie an der Förderung korporativer Arbeitsverträge mitzuwirken. Der Kongress erwidert in dem geplanten Anschluß solcher Arbeitervertretungen an die Gewerbeämter nur den Versuch, die Wirksamkeit dieser Organe zu vermindern und eine Vertretung der weiblichen Arbeiter auszuschießen. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß dieser Weg nicht geeignet ist, die gleichberechtigte Mitarbeit der Arbeiterklasse in Reich und Staat zu gewährleisten, verweist der Kongress diese wie jede andere Lösung, die der Schaffung selbständiger Kammern entgegensteht.“

Dagegen erkennt der Kongress in der Schaffung von Arbeiterkammern in paritätischer Zusammenfassung als Vertretung von Arbeitern und Arbeitgebern und in Verbindung mit Arbeitsämtern und einem Reichsarbeitsamt die Voraussetzung für eine Organisation der gewerblichen Interessenvertretung und der Durchführung des Arbeiterschutzes auf der Basis gesetzlich autorisierter Selbstverwaltung. Eine gedehnte Wirksamkeit solcher Arbeiterkammern ist jedoch nur möglich, wenn dieselben als die alleinigen legalen Vertretungen der gesamten Arbeit anerkannt und die bestehenden Unternehmerkammern aller öffentlich-rechtlichen Funktionen, die das Gebiet der Regelung der Arbeitsverhältnisse betreffen, entleert werden.

Als unerläßliche Vorbedingung erachtet der Kongress, daß die Vertreter in diesen Kammern hervorgehen aus direkter, allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl aller großjährigen Arbeiter und Arbeitgeber ohne Unterschied des Geschlechts, und daß die besoldeten Angestellten von Arbeiterorganisationen ebenso wie berufstätige Arbeiter und Angestellte wählbar sind. In den Arbeiterkammern soll jede der beiden vertretenen Gruppen berechtigt sein, gesondert zusammenzutreten und eigene Gutachten abzugeben, Anträge zu stellen und Berichte zu erstatten.“

#### Vierter Verhandlungstag.

Kurz nach 8 Uhr eröffnet Legien die Sitzung und erteilt zum Korreferat über „Arbeitskammern oder Arbeiterkammern“ dem Korreferenten Reichstagsabgeordneten Hübner das Wort.

Der Korreferent empfiehlt folgende Resolution:

„Der fünfte deutsche Gewerkschaftskongress erwartet von der Reichsgesetzgebung die Schaffung von Arbeiterkammern als gesetzlich anerkannte Arbeitervertretungen. In den paritätischen Arbeiterkammern kann der Kongress keine Einrichtungen erblicken, die den Arbeiterstandpunkt unverfälscht zum Ausdruck bringen. Die Arbeiterkammern sollen berufen sein, in allen die Interessen der Arbeiter betreffenden Angelegenheiten Gutachten zu erstatten, Beschwerden zu führen, bei der Veranstaltung von Enquete- und arbeitsstatistischen Aufnahmen, insbesondere bei der Ausgestaltung, Durchführung und Beaufsichtigung des Arbeiterschutzes, sowie an der Förderung korporativer Arbeitsverträge mitzuwirken.“

Der Kongress erwidert in dem geplanten Anschluß solcher Arbeitervertretungen an die Gewerbeämter nur den Versuch, die Wirksamkeit dieser Organe zu vermindern und eine Vertretung der weiblichen Arbeiter auszuschießen. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß dieser Weg nicht geeignet ist, die gleichberechtigte Mitarbeit der Arbeiterklasse in Reich und Staat zu gewährleisten, verweist der Kongress diese wie jede andere Lösung, die der Schaffung selbständiger Kammern entgegensteht.“

In der Diskussion nehmen teil Köster-Berlin, Massini-Berlin, Deinhardt-Stuttgart, Kemmer-München, Silber-Schmidt-Berlin, Weidner-Frankfurt a. M., Polorny-Zwickau, Reichel-Stuttgart, Albrecht-Berlin.

Die Referenten erhalten morgen früh das Schlußwort. Die Abstimmung wird namentlich sein. Danach: Punkt Maifester. Heute nachmittag findet die Rheinfahrt statt.

#### Fünfter Verhandlungstag.

Zum Punkte „Arbeits- oder Arbeiterkammern“ erhalten die Referenten das Schlußwort.

Es folgt die namentliche Abstimmung. Für Arbeiterkammern stimmen geschlossen: die Delegierten der Bäcker, Handlungsgehilfen, Kupferstecher, des Metallarbeiterverbandes, der Sattler und der Zivildienstleistenden; außerdem die Mehrheit der Delegierten der Schmiede und Winderheuten unter den Bergarbeitern (1), Bildhauern (1), Buchbindern (1), Buchdruckern (1), Fabrikarbeitern (2), Formstreichern (1), Hafenarbeitern (4), Maurern (3), Schuhmachern (3), Stuhlwerkern (1), Textilarbeitern (6) und Zimmerern (1). Diese 48 Delegierten vertreten 379431 Mitglieder.

Für Arbeiterkammern entschieden sich die übrigen Delegierten (151) und bilden mit den 771663 Mitgliedern, die sie vertreten, die Mehrheit. Der Gewerkschaftskongress hat sich also für Arbeiterkammern entschieden.

Den beiden Referenten Umbreit und Hübner wird aufgetragen, auf Grund dieser Entscheidung eine Resolution auszuarbeiten. Der Kongress nimmt hierauf die redaktionell etwas geänderte Resolution über Genossenschaften und Gewerkschaften mit den Zusatzanträgen der Bäcker und Transportarbeiter gegen 10 bis 16 Stimmen an.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist: Die Stellung der Gewerkschaften zum Generallstreik. Hierzu beantragt der Referent Reichstagsabgeordneter Bömelburg folgende Resolution:

„Der fünfte deutsche Gewerkschaftskongress erachtet es als eine unabwiesbare Pflicht der Gewerkschaften, daß sie die Verbesserung aller Verhältnisse, auf denen ihre Existenz beruht, und ohne die sie nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen, nach besten Kräften zu fördern und alle Versuche, die bestehenden Vorkrechte zu beschneiden, mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen haben.“

Auch die Taktik für etwa notwendige Kämpfe solcher Art hat sich nach den jeweiligen Verhältnissen zu richten.

Der Kongress hält daher auch alle Versuche, durch die Propagierung des politischen Waffentums eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen, für verwerflich; er empfiehlt der organisierten Arbeiterklasse, solchen Versuchen energig entgegenzutreten.

Den Generallstreik, wie er von Anarchisten und Deuten ohne jegliche Erfahrung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes vertreten wird, hält der Kongress für indiskutabel; er warnt die Arbeiterklasse, sich durch die Aufnahme und Verbreitung solcher Ideen von der tadellohen Arbeit zu Störung der Arbeiterorganisation abhalten zu lassen.

Es sprechen zu diesem Punkte Roth-Berlin, Timm-München, Leimpeters-Bochum, Reichstagsabg. Robert Schmidt-Berlin. Die Mittagspause tritt ein.

Die Tribüne und Tische sind mit roten Rosen und Geranien prächtig geschmückt. Sie sind ein Geschenk der organisierten Gärtner Kölns.

In der fortgesetzten Debatte über den „Generallstreik“ erhalten das Wort: Schumann-Berlin, v. Elm-Hamburg, Schwarz-Danzig, Riese-Berlin, Müllinger-Sanau, worauf Bömelburg das Schlußwort erhält.

Nach einer persönlichen Bemerkung v. Elms wird die Resolution Bömelburg in den Absätzen 1, 2 und 4 einstimmig, in Punkt 3 gegen 30 Stimmen und im ganzen gegen 7 Stimmen angenommen.

Es folgt der Punkt: Maifester.

Hierzu legt folgende Resolution des Referenten Robert Schmidt vor:

„Der deutsche Gewerkschaftskongress erkennt in der Maifester eine bedeutungsvolle Kundgebung der Arbeiterklasse aller Länder zu Gunsten der Forderung des achtstündigen Arbeitstages sowie der Propaganda wichtiger sozialpolitischer Aufgaben an.“

In dieser Propaganda erblickt der Kongress zugleich eines der wichtigsten Mittel, die nationalen Gegensätze zu beseitigen, um das freundschaftliche Band enger zu knüpfen, das die Arbeiter der ganzen Kulturwelt umschließt. Umso wichtiger wird diese Kundgebung des internationalen Proletariats im Hinblick auf die in letzter Zeit wichtiger Weise unter Ausfluß aller dem Charakter der Maifester fernliegenden Veranstaltungen der Arbeiter zu arrangieren, daß den Arbeitern allgemein die Möglichkeit gegeben wird, daran teilzunehmen.

Wie können uns der Aufgabe nicht verschließen, daß die Maifester durch Arbeitende begangen nur einen kleinen Teil der Arbeiterklasse erfasst, große Berufsgruppen von der Teilnahme abhalten müssen. Nicht in der Arbeiterklasse liegt der Wert der Maifester, sondern in der Massendemonstration, die allen Arbeitern ungeachtet der Teilnahme gestattet, nur für die wichtigsten sozialpolitischen Forderungen ihre

Stimme zu erheben. Die Arbeitsruhe bedeutet Ausschluß großer Arbeitermassen von der Maifester, wodurch der einheitliche Charakter der Demonstration Einbuße erleidet.

Die Gewerkschaften sind deshalb der Meinung, daß die Maifester am Abend des 1. Mai an Bedeutung gewinnen würde, wenn die einheitliche Kundgebung gewährleistet wäre, denn die Maifester hat sich nicht zu teilen in eine Kundgebung der Gewerkschaften und besonderen Veranstaltungen der politischen Partei, sie gehört der Arbeiterklasse insgesamt.

Da mit dieser unserer Anschauung die Beschlüsse des internationalen Kongresses in Amsterdam sowie des Kongresses der sozialdemokratischen Partei in Bremen im Widerspruch stehen, so begnügen sich die Gewerkschaften mit der Erklärung ihres prinzipiellen Standpunktes, ohne, solange die Beschlüsse des internationalen Kongresses zu Recht bestehen, an der bisherigen Form der Maifester etwas zu ändern, da eine Durchkreuzung der Beschlüsse des internationalen Kongresses nur eine weitere Schwächung der Kundgebung bedeuten würde.“

Lothe-Berlin (Holzarbeiter) beantragt folgenden (gegen-sätzlichen) Text:

„Der fünfte deutsche Gewerkschaftskongress schließt sich den Beschlüssen des internationalen Kongresses in Amsterdam und des deutschen Parteitages in Bremen in Bezug auf die Maifester an und empfiehlt den Gewerkschaften, mehr als bisher für die strikte Durchführung der Arbeitsruhe Sorge zu tragen.“

Bringmann-Hamburg (Zimmerer) spricht gegen die Arbeitsruhe.

Es sprechen dann noch Diehl-Frankfurt a. M., Hoffmann-Hamburg, Müller-Hamburg, v. d. Goltz, Schöffel-Leipzig, Leimpeters und Jusmann-Bochum, Frisch-Megnitz, Hübner-Berlin, Reichel-Stuttgart.

#### Sechster Verhandlungstag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht Stähler-Berlin (Schneider) von dem Kampfe im Schnellbergwerke Mitteilung. Nach fünfwöchigem Streik in Gießen und Leipzig verlangte der Arbeitgeberverband, daß wir bedingungslos Unterwerfung unserer Mitglieder anbedingten. Zugleich verlangte er überall Anfertigung von Streitarbeit. Auch lehnte er jede Verhandlung, jede Unterwerfung unter einen Schiedspruch, selbst die Vermittlung des Arbeitgebervereins Braunschweig, ab. Die Zahl derer, die nach Ablehnung der Zumutungen der Unternehmer ausgesperrt worden sind, beträgt jetzt 4000. Aber die Aussperrung dürfte bald noch größeren Umfang annehmen. Wohl zum ersten Male hat uns ein Arbeitgeberverband bedingungslos Unterwerfung zugemutet. Schließlich werden sie uns noch ganz das Streiken verbieten. (Sehr gut!)

Der Kongress tritt in die Tagesordnung ein. Zur abgebrochenen Debatte über die Maifester sprechen noch Gerichte-Dresden, Döblin-Berlin, Veier-Leipzig.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Das Schlußwort erhält Reichstagsabg. Rob. Schmidt-Berlin: Ich habe Ihnen zu nächst mitzuteilen, daß wir uns geeinigt haben, sämtliche Resolutionen zurückzuziehen. (Große Bewegung.) Da wir nicht die Absicht hatten, an der Sache selbst etwas zu ändern, wollen wir es an der Aussprache genug sein lassen. Wir hoffen, daß der nächste internationale Kongress Mittel und Wege finden wird, eine die Gewerkschaften befriedigende Regelung der Frage herbeizuführen.

Vor. Bömelburg: Anträge liegen nicht vor. Nach meiner Auffassung bleibt damit der Beschluß des Amsterdamer Kongresses für uns maßgebend, so daß wir die Maifester genau so wie bisher begehen, und die Gewerkschaften für verpflichtet halten, im Rahmen des Beschlusses dafür zu sorgen, daß die Arbeitsruhe nicht weniger, sondern mehr als bisher durchgeführt wird. (Bravo!) Ich glaube aber, daß gleichzeitig zum Ausdruck gebracht werden soll, daß die in Betracht kommenden beiden Arbeiterklassen sich noch vor dem nächsten internationalen Kongress nicht erst auf ihn, über eine bestimmte Stellung zur Maifesterfrage einigen sollen. Es hat der Gewerkschaftskongress ferner den Wunsch ausgedrückt, daß auf dem nächsten internationalen Kongress diese Frage nicht so nebenbei behandelt werden soll, sondern einer eingehenden Besprechung zu unterziehen ist. Das wird wohl leicht möglich sein, da die langen Debatten über Taktik usw. nicht mehr notwendig sein dürften. (Abg. Hübner: Wehst du das genau!) Widerspruch gegen meine Feststellungen ist nicht erhoben worden. Der Kongress demnach so beschloffen. (Zustimmung.) Damit ist die Frage der Maifester erledigt.

Die Fünfzehnerkommission legt die inzwischen fertiggestellte Resolution über Streikunterstützung vor.

Bringmann-Hamburg (Zimmerer) empfiehlt sie als Bericht-erzähler.

Die Resolution lautet:

**Streikunterstützung.**

Der Kongress erwidert:

1. In Bezug auf die Streikunterstützung ist mit ganzer Entschiedenheit an dem Grundsatz festzuhalten, daß, wie die Führung der Streiks, so auch die Beschaffung der Mittel zu ihrer Unterstützung Aufgabe jeder einzelnen Gewerkschaft selbst und die allein richtige Beschaffung der Mittel die Erhebung ausreichend hoher Mitgliederbeiträge ist.

2. Der Kongress macht es deshalb allen Gewerkschaften zur Pflicht, soweit es noch nicht geschehen ist, ihre regelmäßigen Beiträge so festzusetzen, daß sie ihnen auch größeren Anforderungen gegenüber die finanzielle Selbstständigkeit sichern, wie auch bei der Beschaffung über Arbeitsstellenstellungen sich immer im Rahmen der eigenen finanziellen Leistungsfähigkeit halten.

3. Ist somit die Ausbringung von Mitteln zur Streikunterstützung durch allgemeine Sammlungen in gewöhnlichen Fällen zu verwerfen, so kann trotzdem auch in Zukunft bei unerwartet großen Streiks oder Aussperrungen ausnahmsweise die finanzielle Hilfe der gesamten organisierten Arbeiter zur erfolgreichen Durchführung solcher außerordentlichen Kämpfe im allgemeinen Interesse notwendig werden.

4. In solchen außerordentlichen Fällen soll deshalb die Generalkommission ermächtigt sein, auf Antrag der betreffenden Gewerkschaft unter Zustimmung der übrigen Zentralvorstände die Beschaffung finanzieller Mittel eventuell durch Vornahme allgemeiner Sammlungen zu veranlassen.

5. Die Gewährung jeder derartigen Unterstützung hat zur Voraussetzung, daß der Generalkommission von der betreffenden Gewerkschaft über die Leitung des Kampfes und alle statischen Maßnahmen die zu seiner Beendigung das Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird. Ueber die zweckmäßige Verteilung der gesammelten Gelder hat die Generalkommission zu entscheiden. Alle solche Gelder sind aus diesem Grunde an die Generalkommission abzuführen.

6. Die Gewerkschaftsartelle sind nicht berechtigt, selbständig solche Sammlungen vorzunehmen, sondern erst dann, wenn durch die Generalkommission ein diesbezüglicher Auftrag erfolgt ist. Besondere Beiträge für die angeschlossenen Gewerkschaften zu diesem Zweck zu beschließen, ist den Kartellen gleichfalls nicht gestattet.

7. Die Kontrolle der Generalkommission über die richtige Verwendung der Erträge und etwaiger Ueberschüsse einer Sammlung liegt der Konferenz der Zentralvorstände zu.

**Fünfzehnerkommission.**

Unter Ablehnung eines Antrages Weinhold wird die unveränderte Resolution gegen 17 Stimmen angenommen.

Die Referenten Hübner und Umbreit legen die von ihnen endgültig formulierten Resolutionen bei: Arbeiterkammern vor. Dieselbe wird gegen 2 Stimmen endgültig angenommen und lautet folgendermaßen:

„Der deutsche Gewerkschaftskongress erwartet von der Reichsgesetzgebung die Schaffung von Arbeiterkammern als gesetzlich anerkannte Arbeitervertretungen. Dieselben sollen berufen sein, in allen die Interessen der Arbeiter betreffenden Angelegenheiten Gutachten zu erstatten, Beschwerden zu führen, bei der Veranstaltung von

Enqueten und arbeitsstatistischen Aufnahmen sowie insbesondere bei der Ausgestaltung, Durchführung und Beaufsichtigung des Arbeiter-Schutzes und an der Förderung korporativer Arbeitsverträge mitzuwirken.

Der Kongress erörtert in dem geplanten Ausbaue der Gewerkschaften zu Arbeitstämern nur den Versuch, die Wirksamkeit dieser Organe zu vermindern und eine Vertretung der weiblichen Arbeiterschaft auszu-schließen. Von der Überzeugung durchdrungen, daß dieser Weg nicht geeignet ist, die gleichberechtigte Mitarbeit der Arbeiterklasse in Reich und Staat zu gewährleisten, vertritt der Kongress durchaus die Ansicht, daß jede andere Lösung, die der Schaffung selbständiger Kammern entgegensteht. Als unerlässliche Vorbedingung erachtet der Kongress, daß das aktive und passive Wahlrecht zu diesen Kammern auf der Basis des Proportional-wahlrechts allen großjährigen Arbeitern und Arbeiterinnen in Bergbau, Industrie und Gewerbe, Handel, Verkehr und Landwirtschaft erteilt wird, und daß die besoldeten Angestellten der Berufsvereine ebenso wie beruf-tätige Arbeiter wählbar sind.

Es folgt Punkt 9 der Tagesordnung: Ueberritt in einen anderen Verband infolge Berufswechsels. Alle hierauf bezüglichen Anträge werden der demnächst stattfindenden Konferenz der Zentral-vorstände überwiegen.

Es folgt Punkt 10: Allgemeine Anträge.

Zur Debatte gestellt wird zunächst ein Antrag Blum: Die Generalkommission möge der Frage der gewerkschaftlichen Unter-richtsurse näher treten. Sie erhält das Recht, die für Lehrkräfte und Unterrichtsstühle nötigen Kosten herzugeben.

In der Begründungsvorrede gibt Sassenbach-Berlin die Ge-schichte der bisherigen Bestrebungen, erörtert das Projekt Rähle, das die Förderung der Allgemeinbildung der Gewerkschaftsmitglieder, und das Projekt Sassenbach, das die Ausbildung von Gewerkschafts-beamten und Arbeitervertretern zum Ziele hat. Ohne zu verlangen, daß der Kongress sich auf das letztere endgültig festlege, bittet er, die allgemeine Sympathie dafür auszudrücken.

Der Antrag Blum wird gegen 1 Stimme angenommen.

Einmütig angenommen werden ein Antrag B. & Gotha, der die Mitwirkung der Generalkommission für die Agitation auf Er-höhung des ortsüblichen Lohnes in Anspruch nimmt, ferner ein Antrag Limm-München, der die Generalkommission beauftragt, im Sinne der Beschlüsse des Heimarbeiterkongresses zu wirken und alles zu tun, was nur irgendwie geeignet erscheint, Staat und Gesellschaft zu veranlassen, den Heimarbeiter zu fördern.

Eine Resolution, die die Generalkommission ermächtigt, die not-wendigen Schritte zu tun zur Verschmelzung der Wäsche- und Krawattenarbeiter mit dem Schneiderverband, findet nach entgegen-kommen den Erklärungen der beiden Verbandsvertreter mit großer Mehrheit Annahme.

Es folgt die Beratung des Antrages Scherm:

„In Erwägung, daß die gewerkschaftliche Agitation den Zweck ver-folgt, die indifferenten Arbeiter den Gewerkschaften zuzuführen und die Mitglieder der Organisationen durch Aufklärung mehr und mehr von den Idealen und materiellen Zielen und Zwecken der Organisationen zu über-zeugen, sie zu treuen Mitgliedern zu erzeugen; in weiterer Erwägung, daß jeder Streit um die Form der Organisation diese so dringend not-wendige Agitation erschwert, erklärt der Kongress:

Die Resolution Bülse vom Gewerkschaftskongress zu Frankfurt a. M. wird aufgehoben. Arbeiter — gelehrte und ungelehrte —, die in einem Betriebe zusammenarbeiten und deren Tätigkeit bei der Herstellung von Produkten organisch zusammenhängt, sind in dem für ihren Beruf errichteten Industrieverbande zu organisieren.

Sogenannte betriebsfremde Arbeiter, z. B. Maurer und Zimmerer in Industriebetrieben, Maler in Schiffswerften, Holzarbeiter in Waggon-fabriken, in Maschinen- und Maschinenfabriken etc., Metallarbeiter aller Art in Betrieben der Holzindustrie etc., sind dem Industrieverband ihres Berufes zuzuführen.

Es ist deshalb jede Agitation als unzulässig zu bezeichnen, die gegen diesen Grundsatz verstoßt. Ebenso unzulässig ist jede Agitation, die den Zweck hat, Mitglieder ihrer Organisation abzuwerben, insbesondere wenn die Erhebung niedriger Beiträge dabei als Lockmittel angewendet wird.

Bei der Aufnahme von Mitgliedern aus anderen Organisationen gilt der Grundsatz, daß diese nur aufgenommen werden, wenn sie ihre Anmeldung aus der früheren Organisation vollständig und ihre Beiträge bezahlt haben.

Es wird beschlossen: Unter Aufhebung der Resolution Bülse wird den Zentralvorständen überlassen, über die Grenzstreitigkeiten bis zum nächsten Gewerkschaftskongress ein Protokoll zu schaffen.

Massini-Berlin (Buchdrucker) teilt das Resultat der Wahlen zur Generalkommission mit. Gewählt sind: Regler (Holzarbeiter) mit 182, Sassenbach (Sattler) mit 176, Rube (Zimmerer) mit 179, Silber Schmidt (Maurer) mit 180, Sabath (Schneider) mit 186, Böblin (Buchdrucker) mit 140, Knoll (Steinsetzer) mit 135, Robert Schmidt (Holzarbeiter) mit 118, Cohen (Metallarbeiter) und Schumann (Transportarbeiter) mit 118 und Brunsel (Töpfer) mit 101 Stimmen.

Außerdem haben erhalten: Bösch (Gastwirtsgehilfe) 74, S. B. (Textilarbeiter) 71, Bräuner (Graveur) 65, Brunner (Eisenbahner) 62, Siller (Büchsenmacher) 36, Frau Paula Liede 40, Bruhs 29, Bösch (Gemeindearbeiter) 28 und Sué, B. Melburg und Roxhäuser je 1 Stimme. (Größe Seite 1.)

Unter verschiedenen Anträgen werden angenommen: einer des Gärtnerevereins auf Regelung des Gärtnerechts, einer der Friseur-gehilfen, wonach die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die Organisation der Barbier- und Friseurgehilfen unterstützen sollen. Abgelehnt wird mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit der Antrag der Bildhauer auf Bekämpfung des Alkohollismus. (Seite 1.)

Auf die Tagesordnung des nächsten Gewerkschaftskongresses werden gesetzt: 1. Der Boykott als gewerkschaftliche Waffe. 2. Die Frage der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung.

Die Hamburger Delegierten bitten, den nächsten Kongress in Hamburg abzuhalten. (Seite 1.)

Der Vorsitzende B. Melburg teilt mit, daß im Prozeß Siller und Krämer Krämmer wegen formaler Beleidigung zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt ist. (Seite 1.) Er verliest ferner ein Protokollgramm aus Frankfurt a. M. gegen die Verhörungen Paul Wälder-Hamburg gegen die Wälfelder. Wälder-Hamburg er-kennt an, daß er falsch informiert worden ist.

B. Melburg: Wir stehen am Ende unserer Arbeiten. Wir hatten zwei Fragen zu erörtern, bei denen die Gefahr nahe lag, daß wir in einen Gegenstand zu Partei gerieten. Aber wenn auch sachliche Meinungsverchiedenheiten vorkommen können, Partei und Gewerkschaft sind doch eins. (Lebhafte Beifall.) Wenn wir aus-einandergehen mit dem besten Vorsatz, in drei Jahren die 2 Millionen Mitglieder erreicht zu haben, können wir getrost in die Zukunft sehen. Die Einigkeit muß unsere Parole sein! Hoch die Einigkeit der deutschen Arbeiterbewegung! (Stürmischer Beifall.)

### Mitteilungen aus Sachreisen.

Nachen. Am Dienstag den 28. Mai fand im „Grändelberger Bierstiller“ eine öffentliche Textilarbeiter-Versammlung statt, ein-berufen von der hiesigen Filiale uneres Verbandes. Dieselbe war von weit über 300 Personen besucht und nahm einen sehr an-regenden Verlauf. Der Vorsitzende, Kollege Feinhal, legte in längerer Ausführungen den gegenwärtigen Stand der Bewegung zu Gunsten eines allgemeinen Lohntarifs dar. Schon bei Gelegen-heit der Bewegung zum Minimallohn für die Lohnwebereten habe eine Versammlung unrer Filiale vom 1. März eine Resolution einmütig angenommen, wonach ein Tarif für ähnliche Webereten zu empfehlen sei. Es dürfte sich nicht unterscheiden zwischen Arbeitern in Lohnwebereten und in eigenen Fabriken, da alle genau die gleichen Bedürfnisse hätten, auch von beiden Kategorien die gleichen Leistungen verlangt würden. Am 7. Februar habe eine

Versammlung des Christlichen Textilarbeiter-Vereines stattgefunden, welche sich ebenfalls für einen allgemeinen Tarif ausgesprochen. Besonders habe es uns gestreut, daß in dieser Versammlung Herr Schaffrath-Düsseldorf offen aussprach, daß nur ein gemeinsames Vorgehen beider Verbände einen vollen Erfolg garantiere. Unrer Filiale habe sich sofort an den Vorstand des Christlichen Texti-larbeiter-Verbandes gewandt, aber trotz dreimaligen Schreibens bisher nur ausweichende Antworten erhalten. Dieses lange Hinhalten sei umso mehr zu bedauern, als es dem hiesigen Arbeitgeber-Verband wieder eingefallen sei, den „Schwarzen Mann“ in Gestalt des Zwei-stuhl-Systems hervorzuholen. Erklärlich sei es, daß man dieses Mittel immer bei einer guten Konjunktur anwende, denn die Nachener Textilarbeiter hätten sich hierdurch bisher immer zurecht-halten lassen, den guten Geschäftsgang zur Verbesserung ihrer er-bärmlichen Lage zu benutzen. Das Zweistuhl-System sei für Nachen undurchführbar, vielmehr sei es bei vielen Arbeiten notwendiger, zwei Weber an einen Stuhl zu stellen. Redner verlas hierauf die belerbeitigten Schreiben. Die Bemerkung des Herrn Sittenich zu dem einen der beiden Schreiben, daß ja auch in Gera bis zur Anerkennung des Tarifs ein Jahr Spielraum gelassen sei, stellte Kollege H. Reichelt-Chemnitz, der anwesend war, insofern richtig, daß er in eingehender Weise die Bewegung im dortigen Bezirk darlegte. Man habe nicht ein Jahr bis zur Aufstellung der Forde-rungen gewartet, sondern dieselben seien sofort erfolgt. Bis zum 1. Oktober nur sei die Anerkennungspflicht bemessen. Die Verhand-lungen mit den Arbeitgebern im dortigen Bezirk berechtigten zu der Hoffnung, daß die Arbeiter mit guten Erfolgen aus dieser Bewegung hervorgehen würden. Zum Schlusse rät Kollege Reichelt dringend zur Einigung auf einen gemeinsamen Tarif. Von den Diszussionsrednern wurde allgemein darauf hingewiesen, daß wir es den Christlichen zu ver danken hätten, wenn die gute Konjunktur verstreiche, ohne etwas Positives zu schaffen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute am 23. Mai statt-findende öffentliche Textilarbeiterversammlung verurteilt aufs ent-schiedenste jede Verschleppungspolitik und stellt sich auf den Stand-punkt, daß der allgemeine Lohntarif nur zum Besten der Arbeiter erklämpft werden kann, wenn von beiden Verbänden gemeinsam und geschlossen die Forderungen vertreten werden. Gleichzeitig ersucht die Versammlung die Führer des Christlichen Textilarbeiter-verbandes, in Anbetracht der augenblicklich herrschenden guten Konjunktur ein gemeinsames Vorgehen zu beschleunigen.“

Nachen. Der Vorsitzende des hiesigen Arbeitgeberverbandes für das Textilgewerbe, Herr Deltus, hat in seinem Betriebe seit dem 24. Mai einen neuen Lohnsatz für die Weber ausgehängt. Derselbe berechnet den Lohn nach Dessinnummern. Ueberall, wo diese veraltet Lohnberechnung noch üblich war, haben die Arbeiter in den letzten Jahren dagegen Stellung genommen und mit Erfolg Lohnsätze nach Grundtaxe verlangt. Ob Herr Deltus damit Erfolg will, daß sein Betrieb an der Spitze des Fortschritts marschiert oder ob er damit Propaganda für Einführung eines allgemeinen Lohnsatzes machen will, entzieht sich unserer Kenntnis. Die über-große Mehrzahl der Arbeiter ist im Christlichen Textilarbeiterverbande organisiert. Es wäre nun dringend zu wünschen, daß letzterer dafür sorgte, daß in einer Fabrikbesprechung (außerhalb des Be-triebes) Stellung hierzu genommen würde, umso mehr, als auch in letzter Zeit unter so „eigentümlichen“ Verhältnissen die Neuwahl des Ausschusses vor sich gegangen ist.

Bremen. Empörende Zustände herrschen auf der Jutespinnerei und Weberei Bremen. Sinktlanglich bekannt ist, daß dort so nie-derige Löhne gezahlt werden, daß die in genannten Betriebe be-schäftigten zum großen Teil die Armenbehörde in Anspruch nehmen müssen, um nur ihre Dasein fristen zu können, während den Aktionären außerst hohe Dividenden gezahlt werden. Aber der Profit hunger ist nicht zu stillen. Fortgesetzt sinni man darauf, den Profit zu erhöhen und kümmert sich der Verdienst der Arbeiter und Arbeiterinnen noch mehr herabgedrückt wird. In letzter Zeit wurden den Spinnerinnen so miserable Garne geliefert, daß sie die Verzweiflung pakte. Die Maschinen wurden abgestellt und ein Teil der Spinnerinnen verließ, wie schon gemeldet, die Fa-brik. Zu verwundern ist es nicht. Am Montag hatten sie von morgens 6 Uhr bis nachmittags 4 Uhr gearbeitet und Verdienste von 92, 98, 146, 127, 103 Pfennigen erzielt. Daneben stellte man die Tatsache, daß im verfloffenen Geschäftsjahre wie in den Vorjahren an die Aktionäre eine Dividende von 12 Proz. verteilt wurde. Nachdem die Ar-beiterinnen die Fabrik verlassen, fand eine Besprechung statt, in der eine Kommission gewählt wurde, die mit der Direktion verhandeln sollte. Die Verhandlung hat stattgefunden. Es wurden den Arbeitern Besserungen zugestimmt. Das noch vorhandene Garn müsse jedoch erst verarbeitet werden, ehe besseres geliefert werden könne, andernfalls man die Fabrik auf 4-6 Wochen schließe. In einer am Dienstag abgehaltenen Zusammenkunft wurde beschlossen, zu-nächst abzuwarten, wie den Versprechungen auf Besserung nachge-kommen werde. Der Vorstand des Verbandes der Textilarbeiter wurde beauftragt, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Jute-spinnerei und Weberei genau zu studieren, um bei eventuellen Weiterungen in jeder Beziehung gerüstet zu sein. Von den noch nicht dem Textilarbeiterverbande angehörenden Anwesenden ließen sich fast alle (oder gar alle) in den Verband aufnehmen. Darauf nahm am Dienstag eine außerordentliche Mitgliederversammlung zu den eingetretenen Differenzen Stellung. Die Kommission be-richtigte, daß die Spinner an den roten und blauen Maschinen 1-2 Tage ganz gutes Material bekommen hätten, auch ist ihnen eine Lohnverhöhung von 5-7 Pf. pro 100 Kilo zugesprochen worden, außerdem noch eine Extra-Vergütung von 1 Mk. pro Woche. Diese bekommt aber bloß, wer gut und fleißig spinnt und nicht fehlt. Jedoch war die Freude nicht von langer Dauer, denn schon am 3. Tage wurde das Vorgarn wieder so schlecht, daß trotz der Lohnverhöhung noch weniger verdient wird als früher. Auch wurde den Spinnern von den Vorarbeitern und Aufsehern zuge-mutet, 2 Maschinen zu bedienen, da könnten sie in 14 Tagen bis zu 38. Mk. verdienen. Dieses wurde jedoch von den Spinnern schroff abgelehnt; sie könnten die Fäden auf einer Maschine nicht halten, geschweige denn auf zweien. Beschlossen wurde, in aller-nächster Zeit eine öffentliche Versammlung einzuberufen, in welcher die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bremer Jutespinnerei und Weberei einer Kritik unterzogen werden sollen. Veräume keiner, dem Verbands deutscher Textilarbeiter beizutreten.

Eustirchen. Am Samstag den 27. Mai fand hier eine öffentliche Textilarbeiterversammlung statt mit dem Thema: 1. Die Bestrebungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes, unter Verück-sichtigung der gegnerischen Berufsorganisationen. 2. Die augen-blickliche Situation in Eustirchen. Der Referent, Kollege Steinbrint aus Eberfeld führte zum ersten Punkte der Tagesordnung in seinem wohlüberdachten, faszinierend-kundigen Vortrage unge-fähr folgendes aus: Wir leben in einer Zeit der Klassengegensätze. Den freien Gewerkschaften sucht man fortgesetzt Ansporn zwischen die Beine zu werfen, nicht allein seitens der herrschenden Klassen, sondern auch seitens der christlichen Gewerkschaften. Die freien Gewerkschaften stehen auf dem Boden des Klassenkampfes, während die christlichen den Kinder glauben noch predigen von friedlicher patriarchalischer Vereinbarung mit dem Unternehmertum. Es war jedenfalls nach christlicher Logik auch ein solcher friedlicher Ver-einbarung, daß die gesamte eustirchener Textilindustrie ausgeperert werden sollte. Die Ausperierung war ebenfalls kein Klassenkampf. Die christlichen Führer haben kein Interesse daran, daß die Arbeiter-

schaft geschlossen gegen ein gewaltiges Unternehmertum steht, sonst würde man nicht die Besetzten mit der Religionslosigkeit der Genossen statt praktischer Arbeit in den Vordergrund rücken. Man muß das Gute, Ideale eines Menschen suchen und nicht die trennenden Punkte, und kann das Gute anerkennen, auch wenn es von Sozialdemokraten kommt. Reicher Beifall lohnte dem Referenten für seine prägnanten Worte. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung sprach Kollege Fränz über die augenblickliche Lage in Eustirchen. In zirkel einflussreicher Rede kennzeichnete er treffend die hiesige Lage und zeigte, daß Ruhe und Frieden, welcher nach dem hiesigen bürgerlichen Blättern wieder in Eustirchen eingelehrt sei, eine Phantastie fatter Philister sei. Allen erdenklichen Schritten seien jetzt die Arbeiter ausgelehrt, seitdem man dem Unternehmertum höhere Löhne abgetrotzt habe. Trotzdem die Arbeiterkraft von Eustirchern dringend der Einigkeit bedürfe, suchte der Leiter der hiesigen Filiale durch Anweibequatth eine gerechte Stimmung zwischen den Verbänden herbeizuführen. Durch allerhand Wärdchen suchte er in einer Verjammung bei Heeg das Grinsen zu lehren. Scharf zu verurteilen seien die Auslassungen in Nummer 20 des „Christlichen Textilarbeiters“. Der Zweck der Weiberei sei nur, Unfrieden zu säen, damit keine Lohnforderung und kein Streit entstehe und der christliche Verband sein Geld ruhig in der Kasse halte. Wenn der christliche Hamacher mit dem Genossen F. nicht mehr arbeiten will, so kann er das ruhig bleiben lassen; ob und wer an den Belegschaftsversammlungen seitens uneres Verbandes teilnimmt, geht Hamacher nichts an. Wir können nichts dafür, wenn infolge der Halbheiten des Verbandes die Mitglieder ab-springen. Mit Versprechungen und schönen Redewendungen ist der Arbeiterschaft nicht gedient. Die Arbeiterschaft soll sich solche Ränke nicht irre führen lassen, sondern tren und offen an dem Ausbaue uneres Verbandes arbeiten. Es erübrige sich, all die kleinlichen Vorgeten aufzudecken; wenn jemand im Kampf waten wolle, so solle man den Leuten ihr Vergnügen lassen. Die oft vom Beifall unterbrochene Rede zeigte deutlich, daß sie von Herzen kam und zu Herzen ging. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Textilarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet, sich durch Einstülfungen seitens einzelner christlichen Führer nicht beirren zu lassen, sondern stets und ständig für das Wohl der Eustirchener Textilarbeiterschaft tätig zu sein. Ferner nimmt die Versammlung mit Enttäuschung Kenntnis von dem denunziatorischen Vorgehen seitens der „Eustirchener Volkszeitung“ und verpflichtet sich, das Blatt nicht mehr zu abonnieren.“

Essenberg. Montag den 8. Mai fand im Saale des „Gambirinus“ eine öffentliche Textilarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung statt, welche hauptsächlich für die Arbeiterinnen ein-berufen war. Von 30 Textilarbeiterinnen waren aber nur 15 er-schienen. Gauleiter H. Bretschneider-Gera referierte über den Zweck und Nutzen des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Sein Referat fand Anklang. Es meldeten sich sofort 11 Arbeiterinnen zum Textilarbeiterverbande an, und forderten ihre Kolleginnen auf, dasselbe zu tun. Jetzt gehören von 30 Textilarbeiterinnen 23 dem Deutschen Textilarbeiterverbande an. Nächsten sie tren zur Fahne hallen!

Friedland Bez. Breslau. Sonnabend den 27. Mai fand in Reimanns Lokal eine außerordentliche Versammlung der hiesigen Einzelmitglieder statt. Kollege W. Schönwälder-Langenbielau referierte über: „Die Lage der schlesischen Textilarbeiter im All-gemeinen und unter Berücksichtigung des Peilauer Lohnsatzes im Besonderen.“ Er skizzierte die miserable Lage der schlesischen Weber und wies darauf hin, daß, wenn es gelingen soll, eine einheitliche Entlohnung für uns zu schaffen, jeder Arbeiter und jede Arbeiterin mit allen Kräften für die Organisation werden müsse. Alle, die den Geist der Zusammengehörigkeit erfasst und in sich aufgenommen haben, müssen agitieren und immer bestrebt sein, weitere indifferente Massen für uns zu gewinnen. Denn nur dann, wenn wir den größten Teil der schlesischen Textilarbeiter gewonnen haben werden, können wir hoffen, daß eine Besserung unserer Lage eintreten wird. Lebhafter Beifall der zahlreich Ver-sammelten lohnte die trefflichen Ausführungen. In der Diskussion zeigte Kollege Liebig an der Hand von Lohnstabellen, wie ver-friedenartig die Höhe an hiesigen Ort schon sind. J. B. die Firma Salzmann & Co., von der man sagen kann, daß sie die besten Löhne auch nicht zahlt, bezahlt für einen Artikel 4,10 Mk. fehlerfrei gearbeitet noch 40 Pf. Prämie — 4,50 Mk. Bei der allerchristlichsten Firma H. L. Held wird für einen ganz ähnlichen Artikel nur 3,60 Mk. gezahlt; nach dem Peilauer Tarifentwurf müßte aber der Lohn 5,40 Mk. betragen. In seinem Schlusswort erklärte der Referent noch den vom Scharfmacher Wien ausgehenden Aussperungsplan und forderte nochmals zu treuem Zusammenhalten und unablässiger Arbeit für unsere Bestrebungen auf. Mit einem Appell an die Anwesenden, immer so zahlreich die Versammlungen zu besuchen, besonders auch die nächste, Donnerstag vor Pfingsten stattfindende, in welcher Berichte von der Langenbielauer Konferenz eventuell auch vom Gewerkschaftskongress gegeben werden und mit einem kräftig aufgenommenen Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende, E. Liebig, die Versammlung.

Reiferslautern. Samstag den 20. und Sonntag den 21. Mai fanden hier und in der Umgegend zwei öffentliche Textilarbeiter-Versammlungen statt. Hierzu wurde am Freitag den 19. Mai eine Flugblattverteilung vorgenommen. Raum war dieser geistige Stoff in Geruch gekommen, da machte sich auch schon das Sprichlein geltend: „Wo ich bin und was ich in, stets steht die Polizei mir zu.“ Ein dienleistiger Schuhmann hatte nichts eiligeres zu tun, als den betreffenden Flugblattverteilern in seiner Wohnung anzuschauen. In dem guten Glauben, einen netten Gang zu machen. Aber der Flugblattverteilern legte ihm seine Legitimation vor, und so mußte seiner Schuhmann wieder mit leeren Händen abziehen. Auch ein Meister der hiesigen Kammgarnspinnerei hatte seine Nase in diese Angelegenheit gesteckt, um nach dem Namen des Flugblattverteilers zu forschen. Wahrscheinlich ist dieser Meister noch nicht im Besitz eines Ordens. Am Tage nach der Flugblattverteilung wurde das Gerücht laut, daß die hiesige Kammgarnspinnerei ihren Arbeitern eine Zulage von 5 Pf. pro Tag machen würde. Es scheint, daß dieses Gerücht nur ausgepumpt wurde, um den Besuch der am Abend abgehaltenen Versammlung abzuschwächen, denn die Zulage blieb aus. Die erste Versammlung im Schweinfurter Saale war sehr schwach besucht und man würde den Eindruck gewonnen haben: die hiesigen Textilarbeiter sind sehr zufrieden und leben in guten Verhältnissen, wenn nicht fortwährende Klagen überall, und be-sonders am Reichthum, laut würden. Kollege Fränz aus Wäl-dhausen sprach über: „Wie erlangen die Textilarbeiter ihre Menschen-rechte, das Recht als Mensch zu leben?“ Er stellte das Leben des Textilarbeiters in Vergleich zu dem Leben der Kapitalisten, wofür ihm großer Beifall gezollt wurde. Trotz des schlechten Wetters dieser Versammlung war ein guter Erfolg erzielt worden, indem 7 Personen als Mitglieder aufgenommen wurden. Die zweite Versammlung in Erfenberg war sehr gut besucht. Auch hier war ein guter Erfolg erzielt worden; 7 Neuaufnahmen. Aus diesen Versammlungen war zu erkennen, daß etwas zu erreichen ist, wenn nur eine rege Agitation von Seiten der Kollegen entfallt wird. Kollegen! Unter hiesigen Parteilorgan brachte vor einigen Wochen traurige Mittheilung aus der Kammgarnspinnerei für Sprache. Es soll dort seitens Meisters das Trudsystem zur Anwendung kommen. Auch in der Baumwollspinnerei und Weberei der Kampfermühle soll es sich zeigen. Vor einigen Jahren war die Konjunktur im

Diesem Baumwollbetriebe eine sehr schlechte. Da mußte der Betrieb eingeschänkt werden. Auf die Forderung der Arbeiter an die Direktion, mehrere Arbeiter zu entlassen, worauf die Direktion aber nicht einging, wurden Feiertage eingelegt. Besser wäre es gewesen, die Arbeitszeit auf 9 oder 10 Stunden zu verkürzen. Auch sollte man die Vierkantmaschine abschaffen, die für junge Leute ein Verderben ist, indem sie dort die Hälfte des Lohnes lassen. Notwendiger wäre ein gutes Trinkwasser. Auch steht hier das Schmarogerium in schöner Blüte. Auch die Behandlung der Arbeiter durch die Meister läßt viel zu wünschen übrig. Ausdrücke wie „Fresser Kerl“, „Lansub“, „Ich schlage dir das Gehirn zu Wasser“ usw. sind dort an der Tagesordnung. Auch kommt es vor, daß Arbeiter über Meister und Direktion schimpfen oder Beschädigung an Maschinen oder Material ausführen, um ihrem Unwillen Luft zu machen. Dies alles wäre zu verhüten, wenn sich diese Arbeiter organisieren würden. Kollegen von Kaiserslautern und Umgebung, die ihr dem Verbands begetreten sind, besucht fleißig eure Versammlungen und agitiert solange, bis der letzte Mann im Deutschen Textilarbeiter-Verbande ist.

**Ludwigswald.** Am Mittwoch den 17. Mai fand unsere Mitglieder-Versammlung statt, welche außerordentlich gut besucht war. Besonders die Kolleginnen waren sehr zahlreich erschienen, was den Vorstehenden veranlaßte, der Hofnung Ausdruck zu geben, daß auch in Zukunft die Versammlungen sich eines so regen Besuches erfreuen möchten. Alsdann erhaltete ein Kollege die folgende Bericht von der Provinzialkonferenz und dankte an Schluß seiner Ausführungen den Vereinen und Personen, welche bei der Konferenz mitgewirkt haben (Männergesangsverein, „Sängerlust“, Turnverein „Vorwärts“ und Kollege Paul Wendorf). Dann wurde beschlossen, auch in diesem Jahre ein Sommernachtsvergessen zu veranstalten. Wie uns die Streikleitung der Wehrer Teppichweber mitteilt, sind die Wehrer Fabrikanten eifrig auf der Suche nach „Mausflecken“, auch in diesem Jahre sind Weber nach außerhalb verbannt worden. Wir erwarten, daß sich die hiesigen für zu gut halten, den streikenden Wehrer als Versteher in den Rücken zu fallen. Ferner möchten wir nach Lemert, daß jeder Wohnungswechsel sofort beim Kolleger, Marktstraße 13, zu melden ist; auch diejenigen Kollegen, welche freiwillig oder gezwungen auf Reisen gehen, müssen sich abmelden. Nur wer sich vor- schriftsmäßig abgemeldet hat und im Besitze einer Reisegeldbescheinigung ist, hat Anspruch auf Unterstützung.

**Markt.** (Zur Gewerbegerichts Wahl) Arbeiter und Kollegen! Es trennen uns nur noch Stunden von der Gewerbegerichts Wahl. Dieselbe findet Sonntag den 4. Juni zwecks Ergänzung des Gewerbegerichts statt. Es sind von Seiten der Arbeiter vier Vertreter zu wählen. Die Kandidaten der freien Gewerkschaften sind: Andre, Konstantin, Weber in Markt, Droger, Karl, Weber in Markt, Kniechtaler, Jakob, Weber in Markt, Sadon, Josef, Weber in Markt. Arbeiter und Kollegen, wollt ihr Männer als Vertreter zum Gewerbegericht haben, die eure Interessen unparteiisch vertreten, so gebt eure Stimmen den Kandidaten der freien Gewerkschaften! Sämtliche Wahlberechtigten haben in Markt auf dem Bürgermeisterturm zu wählen, und zwar von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 3 Uhr. Den Wählern von St. Kreuz, Beberan und Numbach wird keine Wählerkarte zugewiesen, sie können aber ihr Wahlrecht doch ausüben, müssen jedoch auch in Markt stimmen. Arbeiter und Kollegen! In letzter Stunde rufen wir euch noch zu: „Auf zur Wahl! Gebt eure Stimmen den Kandidaten der freien Gewerkschaften!“

**Mühlhausen i. G.** In unserer letzt abgehaltenen Versammlung wurde ein Mitglied gemeldet, das früher der Organisation angehöre, gegen dessen Aufnahme jedoch Protest erhoben wurde, da der Betreffende früher gegen das Statut verstoßen hatte. Der Vorsitzende ließ nach erfolgter Aufklärung abstimmen. Der Betreffende wurde einstimmig wieder in den Verband aufgenommen. Dann hielt Kollege Krähly einen interessanten Vortrag über: „Die Schuhnormierungen in den Fabriken.“ Der einstündige Vortrag wurde von der gutbesuchten Versammlung beifällig aufgenommen. In der nachfolgenden Diskussion wurden eine Reihe Mißstände besprochen und kritisiert. Es wurde vom Vorstand der Wunsch ausgesprochen, daß Mißstände so schnell wie möglich gemeldet werden möchten, damit Remedur geschafft werden könne. Kollege Gsell berichtete über die Agitation, welche in den letzten vier Wochen betrieben wurde. Auch wurde bekannt gegeben, daß bei der Firma Schäffer & Cie. ein Streik ausgebrochen war, der aber nach kurzer Dauer zu Ungunsten der Arbeiter endete. Geht wurde, daß die Privatversammlungen, die im Interesse der Lohnbewegung abgehalten wurden, oft sehr schwach besucht waren. Es wurde deshalb den Kollegen zur Pflicht gemacht, in erster Linie für besseren Besuch Sorge zu tragen. Ferner wurde an Stelle des austretenden Mitgliedes Stahl Kollege Hiltzger in den Vorstand gewählt. Hierauf erhaltete Kollege Gsell kurz den Kartellbericht. Im weiteren wurde beschlossen, sich am Waldesicht des Arbeiterwahlvereins zu beteiligen. Der Vorwärts erfolgt vom Vereinslotus aus. Ferner wurde vom Kollegen Krähly bekannt gemacht, daß die Agitation in nächster Zeit auch auf die Wehrer ausgedehnt werden wird. Unter „Verschiedenem“ wurde beschlossen, neue Bücher für die Bibliothek anzuschaffen. Schließlich wurde Kollege Boßin als Beitragsammler gewählt. NB. Die Kollegen, welche noch im Besitze von Theaterbüchern sind, werden hiermit aufgefordert, dieselben in der nächsten Sitzung an den Theaterleiter abzuliefern.

**M. Gladbach.** Am 22. Mai tagte hier eine gutbesuchte öffentliche Versammlung. Kollege Otto Frickh aus Wegeln sprach über: „Der Kampf der Textilarbeiter und Arbeiterinnen um ihre Menschenwürde.“ Derselbe führte in schwingvoller Rede aus, daß es die heiligste Pflicht des Arbeiters sei, sich seine Menschenwürde zu erkämpfen, und daß der Anfang davon in der Verkürzung der Arbeitszeit liege. Lebhafter Beifall lohnte dem Referenten. An der lebhaften Diskussion beteiligten sich viele Kollegen und wurden die schlechten Verhältnisse der Textilarbeiter des Rheinlands und besonders von M. Gladbach erwähnt. Der Referent betonte denn auch in seinem Schlußwort, daß er durch die Diskussion zu ganz andern Ansichten über das Rheinland gekommen wäre; er müßte nun die folgenden Gedanken, die er von dieser Proving gehabt habe, leiblich auch noch fahren lassen. Aber er wäre auch zu der Ueberzeugung gekommen, daß auch hier ein Stamm ferniger Kollegen sei. Und wenn diese wie bisher weiter arbeiteten, werde auch hier eine nachtragende Organisation zu Stande kommen. — Und wir wollen es wünschen, trotz der Jesuiten-Schule.

**M. Gladbach i.** Bei der Firma Götz & Kirch, hier, wurden den Arbeitern bei der letzten Bewegung durch den Direktor Herrn Wild Forderungen bewilligt. Doch das Wort dieses Herrn war nur von kurzer Wirkung. Raum waren 14 Tage verstrichen, und man fing an, den Kollegen, besonders den Ausschuhmüllern, zu kündigen. Als nun am 22. Mai eine Fabrik-Versammlung stattfand, delegierte die Firma einen von denjenigen, die nicht Me werden, an eine Ecke der Straße, in die Nähe des Lokales, wo die Versammlung abgehalten wurde, zwecks Notierung derjenigen, die die Versammlung besuchten. Die Folge war, daß am Morgen des 23. Mai 24 Mann gekündigt und 2 entlassen wurden. Der andere Teil der Belegschaft erklärte sich mit ihnen solidarisch und stellte den Betrieb still. In der dann am 23. Mai, abends abgehaltenen Fabrik-Versammlung wurde beschlossen, das sämtliche Arbeiter nach Ablauf der Kündigungsfrist in den Ausland treten sollten. Sämtliche Kollegen versprachen, in Einigkeit auszuhalten, bis ihnen der Sieg zufalle. Einem Kollegen, der in den letzten Tagen bei dieser Firma in Arbeit trat, müßte man zu, das die Stellung auf Schöndorfer Stühle, welches dort nicht üblich, anzuführen. Als sich der Kollege dagegen äußerte, wurde ihm gesagt: „Wenn die anderen Arbeiter sie deshalb kündigen, werden wir sofort die Polizei rufen.“ Er ließ sich aber nicht überreden. Ein anderer Kollege, welcher seinem Nebenmann einen Zettel zur Fabrik-Versammlung auf den Stuhl legte, wurde sofort entlassen.

Solche Zustände herrschen in diesem Betriebe. Die Fabrik gilt nun für uns als gesperrt. Hier Lohwebereien verfertigen bereits Streitarbeit, aber das schadet nichts. Wenn ihr, Kollegen, diese Zeiten vor Augen bekommt, dann werden wir den Kollegen in diesen Betrieben schon soviel Solidaritätsgefühl beigebracht haben, daß sie keine Streikwaare mehr herstellen. — Unser diesjähriges Sommerfest, bestehend in Gartenkonzert, Kinderbelustigung, Damen-Spiel und Tanz, findet im Lokale von Anton Cronen, Büfener Straße, statt. Der Reingewinn ist zur Anschaffung neuer Bilder für das Gewerkschaftslokale bestimmt. Wir eruchen die Kollegen und Kolleginnen, im Interesse der guten Sache, um rege Beteiligung. Karten im Vorverkauf sind zu haben im Festlokal, bei sämtlichen Unterassistenten der freien Gewerkschaften, sowie bei den Wirten Chr. Hennemann, Dörenkamp, Bernh. Scholten und Heinz Ewerh.

**Neumünster.** In der am 20. Mai abgehaltenen Versammlung ließen sich zunächst 14 Personen als Mitglieder aufnehmen. Die Abrechnung vom 1. Quartal ergab eine Einnahme von 2819,14 Mk., eine Ausgabe von 2544,64 Mk., somit bleibt ein Kassendefizit von 274,50 Mk. Aus dem Kartellbericht ist zu erwähnen, daß vom Kartell der „Conventgarten“ gewonnen ist. Hier sollen eine größere Anzahl Konzerte abgehalten werden, deren Reinertrag zum Bau eines Gewerkschaftshauses verwendet werden soll. Genosse Saalfeld hielt dann einen Vortrag über „Ehst und Arbeiterbewegung“. Er ging ausführlich auf die geschichtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in bezug auf Stilleheit ein und wies nach, daß die heutige Gesellschaft nicht in der Lage sei, die Stilleheit auf die Höhe zu bringen. Diese Arbeit müßte vielmehr den organisierten Arbeitern zufallen, denn nur durch Aufhebung der heutigen Gesellschaftsordnung sei es möglich, eine einwandfreie Stilleheit auf jedem Gebiete zu schaffen. Alsdann wurden einem in großer Not befindlichen Kollegen 40 Mk. bewilligt. Ferner wurde ein Ausflug beschlossen. Am zahlreiche Beteiligung daran werden die Kollegen und Kolleginnen ersucht. — Die Versammlung war von etwa 70 Personen besucht. In der nächsten Versammlung wird Genosse Michelsen einen Vortrag halten.

**Neumünster.** (Mißstände.) Schon vor kurzem wiesen wir auf die unglücklichen Arbeitsverhältnisse hier am Orte hin. Diese haben sich dadurch noch verschlechtert, daß die Fabrik von J. S. Bartram & Söhne niederbrannte. Das geschah am 28. April kurz vor mittag, und trotzdem konnten die dort Beschäftigten nur mit Mühe ihr Leben retten. Wäre der Brand bei Dunkelheit ausgebrochen, so wären wohl nicht viele herausgekommen. Es wäre angebracht, daß die zuständigen Behörden einmal in sämtlichen Fabriken untersuchen, inwiefern nach dieser Richtung hin für den Schutz der Arbeiter gesorgt ist, denn es sollen in einzelnen Betrieben die Notvorrichtungen in fast unbrauchbarem Zustande sein. Ferner muß bemängelt werden, daß die Entlohnung der Arbeiter bei der vorerwähnten Firma nicht war, wie sie sein mußte. Die Arbeiter mußten 1 1/2 Tage auf ihre Papiere warten, während sie von Seiten der Fabrikanten die Arbeitszeit verkürzt und die Arbeiter haben seitdem um 3/4 Uhr Feierabend. Es wurden zu gleicher Zeit die Marktstage ziemlich aufgehoben, und ferner wurden Frühstücks- und Vesperpausen um je 5 Minuten gekürzt, so daß eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von etwa 1 1/2 Stunden verbleibt. Hier hat sich die Firma C. Bartram sofort dahinter gemacht, und ihren Arbeiterinnen 50 Pf. pro Woche abgezogen. Von Herrn Bartram hätte man, als Vorsitzenden des Fabrikantenvereines, dergleichen am wenigsten erwartet. Bei der Firma Gebrüder Sanken haben die Arbeiter an Tagen vor Sonn- und Festtagen eine halbe Stunde eher Feierabend als in den übrigen Fabriken. Dafür wird streng auf Pünktlichkeit gesehen. Es sind Uhren aufgestellt, welche den Zeitpunkt des Kommens der Arbeiter auf die Minute angeben. Den Arbeitern dieser Firma wurden 60 Pf. pro Woche zugelegt; aber das Verlassen des Fabrikgrundstückes ist während der Arbeitszeit wie der Waisen nicht gestattet. Auch bei der Firma Rohwedder ist es den Arbeiterinnen nicht mehr gestattet, während der Frühstücks- und Marktzeiträume zu besorgen. Einer der Herren behandelt die Arbeiter, die sich mit Fragen an ihn wenden, zuweilen wie Luft. Bei der Firma Chr. Köster faßt der Meister an der Tür post, damit er beobachten kann, wer zu spät kommt. An Lohntagen kommen die Arbeiter zuweilen mit Ver-spätung nach Hause, ein Mißstand, dessen Beseitigung man lieber anstreben sollte. Ferner läßt diese Firma, wie die Firma Sager & Co., es nicht zu, daß sich die Arbeiterinnen 5 Minuten vor Beendigung der Arbeitszeit waschen. Außerdem muß gerügt werden, daß die Ventilation in sämtlichen Fabriken eine ungenügende ist oder gar ganz fehlt. Die Staubentwidelung wird in einigen Wehrerorten dadurch gefördert, daß man beim Auslegen des Sprengens des Bodens mit Wasser verfährt. Kurz und gut, Mißstände sind in den einzelnen Betrieben in großer Anzahl vorhanden, aber leider werden sie von den Arbeitern verschwiegen. Hier kann aber nur einzig und allein die Einigkeit der Arbeiter helfen. Vor allen Dingen sollten sie die Versammlungen besuchen und dort beraten, wie den Mißständen am besten abgeholfen werden kann. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

**Deberan.** Obgleich die Löhne sehr gedrückt sind und die Lebensweise der Weber eine sehr traurige ist, so können sie sich doch nicht entschließen, dem Verbands beizutreten. Der Bevollmächtigte hat durch seine Bemühungen, sie der Organisation zuzuführen, nur Verdruss, Spott und Hohn geerntet. Teilweise sind es auch die Frauen, die den Männern abreden, aber zu Schnaps gibt es Geld. Würden sich die Arbeiter hier aufraffen, dann würde auch der starke Lohndruck, den manche Arbeitgeber ausüben, etwas nachlassen. Textilarbeiter, gebt doch endlich einmal der Stimme der Vernunft Raum und schließt euch dem Verbands an!

**Reichenbach i. B.** Einen erfreulichen Fortschritt macht die Organisation am Orte. Die gegenwärtig stattfindenden Betriebsbesprechungen sind meist gut besucht. Wir dürfen jedoch nicht rasten, solange nicht alle Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert sind. Des weiteren darf, wenn die Lohnbewegung vorbei sein wird, kein Mitgliederchwund eintreten. Wir werden unsere Filialversammlungen interessanter gestalten, sei es durch Vorträge, Ketten- und Schup-berechnung usw., um die Kollegen und Kolleginnen mehr an die Versammlungen zu fesseln. Auch fehlt es nicht an Abwechslung. Zwei Lohnkommissionsmitglieder hatten am 18. Mai Gelegenheit, über die Bildung der Unternehmer-Erfahrung zu machen. Für die Arbeiter der Firma Julius Rehrer hier sollte in der „Landschänke“ eine Betriebsbesprechung stattfinden. In dem fraglichen Betriebe sind zum Teil unorganisierte Arbeiter beschäftigt. Der Chef ist selbstverständlich Mitglied des Unternehmerverbandes. Der Chef ging selber in Begleitung einiger Angestellten in das Lokal. Zu welchem Zweck, läßt sich denken. Die Arbeiter blieben bis auf zwei der Besprechung fern, deshalb konnte sie nicht stattfinden. Wahrscheinlich hatte der Chef die Absicht, seine Autorität gegenüber den Arbeitern zu zeigen. Da dies nun nicht möglich war, beledigte er zwei anwesende Lohnkommissionsmitglieder. Es schien sogar, daß Täuschungen kommen zu sollen. Bei der Ruhe der Beteiligten blieb es aber bei der mündlichen Auseinandersetzung. Im Verlaufe dessen nicht allein Rehrer seine Ruhe wieder erhielt, sondern sogar mehrmals die Berechtigung der Arbeiterbewegung zugab. Nur sein Betribe sollte in Ruhe gelassen werden. Das war keine Anleihe. Der Mann bildete sich ein, die besten Löhne zu zahlen. Zwar haben die Arbeiter dort in der Wehrer verhältnismäßig guten Verdienst, doch werden am Ort noch bessere Löhne gezahlt. Auch Gerechtigkeit scheint nicht die starke Seite eines Unternehmers zu sein.

Auf einen Artikel bezahlte er drei lange bei ihm beschäftigten Arbeitern 150 Mk. pro 100 Zahlen, den andern nur 125 Mk. Bei der Auseinandersetzung mit den Lohnkommissionsmitgliedern ging Rehrer mit seinen Gründen unter; sogar seine Angestellten, die ihm sekundierten, verstanden so herzlich wenig von der Arbeiterbewegung, daß sie zu lächerlichen Behauptungen kamen. Einer meinte, durch Einberufen einer Besprechung machte sich jeder des Unruhruhs schuldig. Beim Militär sei es so. Wer laßt da? Jeder Nacht scheint Herr Rehrer erst in die Wut gekommen zu sein, denn am andern Tage verlangte er von seinen organisierten Arbeitern, daß sie aus dem Verbands austreten. Wollte man sich nicht wehren, so würde er jeden entlassen. Herr Rehrer scheint das Sprichwort: „Allzu scharf macht schartig“, nicht zu kennen. Auch diese Wandlung zeigt den Gerechtigkeitsinn von keiner vorteilhaften Seite. Er selbst ist organisiert und seinen Arbeitern will er dies wehren. Mit Herrn Rehrer sind wir wahrscheinlich noch nicht fertig.

**Reutlingen.** Spät kommt sie, doch sie kommt — nämlich die Erkenntnis der Textilindustriellen, daß die abgeschlossenen Handelsverträge dem größten Teile der deutschen Textilindustrie tiefe Wunden schlagen werden. Jetzt, da es bereits zu spät ist, dämmert es in den Köpfen der Textilindustriellen auf, daß sie resp. ihre Vertreter im deutschen Reichstage mit dazu beigetragen haben, Tausenden von Textilarbeitern ihre zukünftige Lebenshaltung in einer unerhörten Weise zu verschlechtern. Jetzt fangen auch diese Herren zu lamentieren an. Im Laufe dieser Woche hielt der Verband süddeutscher Baumwollgarnfabrikanten in Stuttgart seine sechste Generalversammlung ab. Laut Geschäftsbericht hatte sich der Verband im Laufe dieses Jahres in der Hauptsache mit den neuen Handelsverträgen zu beschäftigen. So sehr die Baumwollindustrie mit den deutschen Zollfähn zufrieden sein kann, so wenig sei dies mit den Handelsverträgen mit Belgien, Italien, Desterreich-Ungarn, Rußland, der Schweiz und Serbien der Fall. Namentlich habe die deutsche Textilindustrie einen wesentlichen Teil der Kosten des ausgedehnten Schutzes der deutschen Landwirtschaft zu tragen, denn einzelne Staaten, wie die Schweiz, Rußland, Rumänien und Serbien, haben ihre Einfuhrzölle bei vielen Artikeln um das Doppelte und Dreifache gegen früher erhöht. Welche schwere Folgen dies habe, lasse sich daran beinahe, daß die Ausfuhr von Baumwollwaren nach den Vertragsstaaten unter den gegenwärtigen Handelsverträgen sich dem Wert nach um 65 Proz. und gleichzeitig von 1895—1901 die Zahl der Webstühle um 24 Proz., der Spindeln um 26 Proz. und die Zahl der deutschen Bevölkerung um 9 Proz. vermehrt habe. Für die Textilindustrie sei also mehr als für die andern Industrien die Arbeiterbevölkerung der wichtigste Wohnkreis. Dieser werde durch die neuen Verträge und den neuen Zolltarif am schlechtesten behandelt und dadurch die Textilindustrie schwer geschädigt. — Wo was die Führer der Arbeiterbewegung schon vor Jahren erkannt, was sie schon immer bestritten haben, daß wird nun auch von den süddeutschen Textilmagnaten offen zugegeben. Die Folge dieser ganzen verruchten Handelsvertragspolitik wird sein: Errichtung von Zweigbetrieben im Ausland, Hinaustragung des deutschen Kapitals ins Ausland sowie Verringerung der Arbeitsgelegenheit und Arbeitslöhne im Inland. Niets Ausflüchten für die Textilarbeiter! Die Handelsverträge sind Unglücksverträge im wahren Sinne des Wortes. Wandler Familienvater muß der kommenden Zeit mit Bangen entgegensehen. Die Folge von Verringerung von Arbeitsgelegenheit ist ein Ueberangebot von Arbeitskräften, und mit diesem geht Hand in Hand allgemeine Lohnreduzierung. Das offene Bekenntnis der süddeutschen Textilindustriellen sollte aber speziell den württembergischen Textilarbeitern, welche zu neun Zehntel hauptsächlich in der Baumwollbranche beschäftigt sind, die Augen öffnen, es sollte ihnen ein Wink sein, ihre Existenz, welche durch Annahme dieser Handelsverträge über alle Maßen gefährdet ist, zu sichern. Deshalb: Herunter mit der Schlafmütze, welche ein großer Teil der württembergischen Textilarbeiter noch bis über die Ohren tragen hat, und hinein in die Organisation! Des ist ja doch der letzte Weg, welcher jedem Textilarbeiter offen liegt und welchen jeder Textilarbeiter noch beschreiten muß, und gegen alle an ihn herantrübenden Eventualitäten gesichert zu sein. — Eine Einladung des anlässlich der Crimmisshauer Aussperrung ins Leben gerufenen Arbeitgeber-Verbandes der deutschen Textilindustrie wurde von genannter Versammlung dahin erledigt, daß der Beitritt abgelehnt, es aber jedem einzelnen Mitgliede überlassen wurde, dem Verbands für sich beizutreten. Sehr bedauerlich. (In Döbeln ist schon eine größere Textilwarenfabrik geschlossen worden; sie wird der Zollerparnis wegen in Teplitz (Böhmen) neu errichtet werden. D. R.) E.

**Salach.** Endlich haben auch in Salach die Textilarbeiter einsehen gelernt, daß es unter den hier bestehenden mißlichen Arbeitsverhältnissen nicht mehr weiter gehen kann, und so wurde in einer auf Anregung einiger organisierter Kollegen am 11. März abgehaltenen Besprechung beschlossen, auch hier eine Filiale des Textilarbeiterverbandes ins Leben zu rufen. Sofort ließen sich auch mehrere Kollegen aufnehmen, und wurde Kollege Matthäi beauftragt, sich mit dem Zentralvorstand ins Einvernehmen zu setzen. Am 26. März fand dann eine öffentliche Textilarbeiterversammlung statt, in welcher Genosse Knöbler referierte und zum Eintritt in den Verband aufforderte. Auch sämtliche Diskussionsredner äußerten sich im Sinne des Referenten, und fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heutige gutbesuchte Versammlung der Arbeiterchaft Salachs erklärt sich mit dem Vortrage voll und ganz einverstanden. Verbesserungen am hiesigen Plage einzuführen und menschenwürdige Zustände zu erlangen, kann nur die Organisation, an ihrer Spitze der Textilarbeiterverband, erstreben.“ Der Erfolg dieser Versammlung war wieder eine Anzahl Neuaufnahmen. Im Anschluß daran wurde sofort die erste Mitglieder-Versammlung abgehalten, in welcher Kollege Matthäi zum Bevollmächtigten gewählt wurde. Derselbe ermahnte die alten Mitglieder, dem Verbands fernerehin treu zu bleiben und fleißig zu agitierten, und den Neuaufgenommenen legte er ans Herz, die freiwilligen Pflichten dem Verbands gegenüber treu zu erfüllen und fleißig dafür Sorge zu tragen, daß unsere gute Sache immer weitere Ausdehnung gewinne. Somit ist auch hier der Grund gelegt, auf den die Textilarbeiter bauen müssen, um durch Einigkeit und festen Zusammenhalt für sich und ihre Angehörigen bessere Zeiten und menschenwürdige Zustände, als sie jetzt noch hier gang und gäbe sind, schaffen zu können. Darum, Kollegen, agitiert fleißig und laßt euch keine uns noch fernstehenden Arbeitkollegen aufzulären, damit sich auch der letzte Mann uns anschließt. Denn nur durch eine geschlossene Front können wir unsere Fabrikanten veranlassen, dem Arbeiter das zu geben, worauf er als Mensch gerechte Ansprüche hat. — Es ist wohl an der Zeit, daß die bei der Firma J. S. Neuburger in Salach bestehenden mißlichen Arbeitsverhältnisse einmal ans Licht gezogen werden. Von allen Wehrern wird über schlechtes Material bei äußerst niedrigen Löhnen geklagt. Dazu kommt noch, daß die Stühle viel länger als das angegebene Maß sind. Dadurch wird dem Weber der Lohn reduziert, da derselbe nach Stunden berechnet wird. Dazu kommt jetzt noch häufiges Warten auf Material und Verzögerungen auf einzelne Artikel, so daß das Los der hiesigen Weber sehr bedauerlich wird. Sind doch hier Löhne von 17—22 Mk. pro 14 Tagen (auf 8 Stühlen) durchaus keine Seltenheit. Mißgünstigen hatten sich hier auf Salach, indem Weber langweiliger und deshalb die Firma aufsteter Arbeiter in aussergewöhnlichen Setzungen. Die Kollegen werden hierdurch darauf aufmerksam gemacht, mit den Erträgen auch unorganisierte Weber und Weberinnen über die hiesigen Verhältnisse aufzuklären.